



Parlamentssitzung 18. März 2013

Protokoll

Schloss Köniz, Rossstall
19.00 – 21.55 Uhr

Vorsitz Erica Kobel-Itten (FDP)

Anwesend	Annemarie Berlinger-Staub (SP)	Heinz Nacht (SVP)
	Bernhard Bichsel (FDP)	Christof Nydegger (SVP)
	Adrian Burkhalter (SVP)	Hansueli Pestalozzi (Grüne)
	Christian Burren (parteilos) ¹	Markus Plüss (Grüne)
	Vanda Descombes-Della Schiava (SP)	Jan Remund (Grüne)
	Heidi Eberhard (FDP)	Mathias Rickli (Grüne)
	Liz Fischli-Giesser (Grüne)	Christian Roth (SP)
	Thomas Frey (BDP)	Stephan Rudolf (BDP)
	Martin Graber (SP)	Elisabeth Rüeegsegger (SVP)
	Philippe Guéra (BDP)	Christoph Salzmann (SP)
	Hermann Gysel (EVP)	Bruno Schmucki (SP)
	Beat Haari (FDP)	Ronald Sonderegger (FDP)
	Hanspeter Kohler (FDP)	Hugo Staub (SP)
	Verena Koshy (CVP)	Stephie Staub-Muheim (SP)
	Andreas Lanz (BDP)	Barbara Thür (GLP)
	Stefan Lehmann (SVP)	Thomas Verdun (SVP)
	Patrik Locher (EVP)	Markus Willi (SP)
	Ruedi Lüthi (SP)	Ulrich Witschi (BDP)
	Hans Moser (SVP)	Bernhard Zaugg (EVP)
	Anita Moser Herren (FDP)	

Entschuldigt

Gemeinderat	Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident	Katrin Sedlmayer (SP)
	Ueli Studer (SVP), Vizepräsident	Urs Wilk (FDP)
	Rita Haudenschild (Grüne)	

Sekretärin Verena Remund

Protokoll Ruth Spahr

¹ An dieser Stelle wurde bei der Genehmigung des Protokolls eine Änderung verlangt.

Inhaltsverzeichnis

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 11. Februar 2013.....	38
2. Kommissionsersatzwahlen.....	38
3. Reglement für die Finanzkommission - Ergänzung.....	38
4. Schliern, Büschiacker - Erwerb Parzelle Köniz-Grundbuchblatt Nr. 10493	39
5. Gasel, Erschliessung Schlatt - Neubau Wasserleitung	43
6. Köniz, Feldrainstrasse/Hubelweg/Talbrännliweg - Ersatz Wasserleitung und Strassenerneuerung	46
7. Sanierung Stadttheatergebäude Bern - finanzielle Unterstützung.....	49
8. Verschiedenes.....	56

Begrüssung

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Ich begrüsse alle Anwesenden herzlich zur Parlamentssitzung.

Es sind 39 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Ich habe Ihnen zwei Rücktritte aus dem Parlament mitzuteilen. Die beiden Couverts mit der schriftlichen Rücktrittsmeldung wurden mir an der letzten Parlamentssitzung vom 11. Februar 2013 erst nach dem offiziellen Schluss der Sitzung abgegeben. Bei den Austretenden aus dem Parlament handelt es sich um Mario Fedeli (SP) und Anna Mäder (SP). Das Vorgehen war für mich überraschend; dieser Usus war mir nicht bekannt und ich hatte keine Möglichkeit mehr, Ihnen die Briefe noch vorzulesen. Nach meiner Rückfrage über dieses mir unbekannte Vorgehen erhielt ich von Anna Mäder die Antwort, dass beide – Anna Mäder wie auch Mario Fedeli – keine Voten zu ihren Rücktritten wünschten und deshalb diese Variante vorgezogen haben.

Anna Mäder – die ihren sofortigen Rücktritt bekannt macht – war 7 Jahre Mitglied des Parlaments. Sie hatte Einsitz in verschiedenen nichtständigen parlamentarischen Kommissionen und präsidierte diese zum Teil auch. Einsitz hatte sie z. B. in der Spezialkommission K2005, in der Kommission Tramprojekte TRB wie auch in der Kommission Tram Region Bern – Kommunikation Gemeinderat zu den Finanzbeiträgen des Bundes. Präsiert hat sie die Kulturkommission und die Kommission köniz.fünf. Sie dankt allen Kolleginnen und Kollegen wie auch dem Gemeinderat und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit. Wenn Sie das Rücktrittsschreiben gerne lesen möchten, liegt es bei mir auf.

Mario Fedeli hat ebenfalls seinen sofortigen Rücktritt erklärt und wünscht allen alles Gute. Er ist der Meinung, dass vier Jahre Parlamentsmitgliedschaft genug sind. Er wünscht allen weiterhin viel Erfolg.

Als Nachfolgerin/Nachfolger für die beiden Zurückgetretenen meldet die SP-Fraktion Vanda Descombes-Della Schiava, Liebefeld und Bruno Schmucki, Mittelhäusern. Ich begrüsse die beiden heute unter uns und wünsche ihnen alles Gute bei der Parlamentsarbeit.

Bevor wir mit den Traktanden beginnen, gibt der GPK-Präsident eine Information ans Parlament bekannt.

GPK-Präsident Andreas Lanz: Die GPK ist eine ständige Kommission des Parlaments und in diesem Sinne dem Parlament Rechenschaft über ihre Tätigkeiten schuldig. Das ist auch der Grund für die folgende Information:

Die GPK untersucht zurzeit am Beispiel des Leistungsauftrags mit dem "Verein kibe Region Köniz" wie der Gemeinderat und die Verwaltung ihre Aufsichtspflichten wahrnehmen. Die GPK hat dem Gemeinderat zu diesem Zweck einen Fragenkatalog zugesandt mit der Bitte, diese Fragen bis Ende März 2013 zu beantworten. Im April werden wir die Antworten beurteilen und im Mai wird die GPK diese Antworten zur Kenntnis nehmen und allfällige weitere Massnahmen beschliessen. Anschliessend wird das Parlament informiert. Ziel dieser Untersuchung ist, die Prozesse beim Controlling von Leistungsaufträgen nachhaltig zu optimieren.

Für die Durchführung dieser Untersuchung setzte die GPK einen Ausschuss ein. Mitglieder sind: Christoph Salzmann (SP), Christian Roth (SP) und Andreas Lanz (BDP). Der Ausschuss wird durch zwei externe Berater unterstützt, wofür die GPK einen Betrag von 9'000 Franken zuzüglich Mehrwertsteuer bewilligt hat.

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Die Akten für die heutige Sitzung sind Ihnen am 21. Februar 2013 zugestellt worden. Am 7. März 2013 haben Sie mit einem Nachversand das Protokoll erhalten.

Traktandenliste

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Traktandum 2, Kommissionersatzwahlen Schulkommission Wabern entfällt, weil noch kein Ersatz gemeldet worden ist.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 11. Februar 2013

Christoph Salzmann (SP): In Traktandum 3, ist in meinem Votum als GPK-Referent im zweit-letzten Abschnitt eine Zahl nicht richtig. "Neu ist vorgesehen, dass sämtliche Investitionen von mehr als 300'000 Franken als Verpflichtungskredite behandelt werden und beide Gemeinden ihre Anteile übernehmen." Die Zahl 300'000 Franken ist durch 30'000 Franken zu ersetzen.

Markus Willi (SP): Ich habe drei kleine Korrekturen zu meinem Votum in Traktandum 8. Auf Seite 30 ist das Wort "Gesamtbildungssystem" durch "*Gesamtsystem Bildung und ICT*" zu ersetzen. Auf Seite 31 ist im zweiten Absatz der Satz "...didaktischen Support der Weiterbildung der Lehrpersonen..." durch "...didaktischen Support *und die* Weiterbildung der Lehrpersonen...." zu korrigieren. Im dritten Abschnitt auf Seite 31 ist der Begriff "... für das neue Frühfranzösisch.." durch "...*Französisch* das Lehrmittel..." zu ersetzen.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): In meinem Votum auf Seite 25 zur Nachhaltigkeit ist folgender Satz: "Es werden nicht negativ ins Gewicht fallende Ressourcen für Asphalt und Kies benötigt" wie folgt zu korrigieren: "Es werden negativ ins Gewicht fallende Ressourcen für Asphalt und Kies benötigt."

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 11. Februar 2013 wird mit den obgenannten Änderungen genehmigt.

2. Kommissionersatzwahlen

Schulkommission Wabern - Ersatzwahl
(Nachversand per E-Mail)

Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt dieses Traktandum.

3. Reglement für die Finanzkommission - Ergänzung

Beschluss; Finanzkommission

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Mit den Sitzungsunterlagen haben Sie den Bericht und Antrag des Gemeinderats erhalten. Zuerst spricht der Präsident der Finanzkommission, anschliessend folgen die Fraktionsvoten, danach die Einzelvoten aus dem Parlament und die Abstimmung.

Präsident Finanzkommission Christian Burren (parteilos): Zuerst danke ich dem Gemeinderat und der Verwaltung für ihre Arbeit und die gute Zusammenarbeit bestens.

Bei der Überprüfung der Rechnungsprüfung und dem anschliessenden Entscheid, am bewährten Rechnungsprüfungsmodell – einen Teil der Prüfung durch eine externe Stelle und einen Teil durch die interne Finanzkontrolle – festzuhalten, stellte die Finanzkommission Folgendes fest: Die Finanzkommission hat keine Möglichkeit, für Sonderaufgaben und Beratungen in betriebswirtschaftlichen Fragen eine professionelle und unabhängige Stelle mit Aufträgen zu betrauen. Mit der internen Finanzkontrolle verfügen wir zwar über eine Stelle, die solche Aufträge teilweise erfüllen könnte. Da die Finanzkontrolle jedoch direkt dem Gemeinderat unterstellt ist, könnte das bei einer direkten Auftragserteilung durch die Finanzkommission zu einem Interessenkonflikt führen, was nicht in unserem Sinn ist. Deshalb braucht die Finanzkommission die Möglichkeit, sich bei einer externen Stelle beraten zu lassen. Für die Erteilung solcher Aufträge benötigt die Finanzkommission die finanziellen Mittel analog der GPK. Solche Aufträge werden selbstverständlich in Absprache mit dem Gemeindepräsidenten erteilt und nicht aus freiem Ermessen. Das ist mit Gemeindepräsident Luc Mentha abgesprochen.

Mit dieser Anpassung des Reglements erhält die Finanzkommission dieselben Möglichkeiten wie die GPK, die in der Vergangenheit die Finanzgeschäfte geprüft und vorberaten hat. Es handelt sich somit um keine spezielle Anpassung.

Die Finanzkommission empfiehlt dem Parlament einstimmig, der vorliegenden Reglementsänderung zuzustimmen.

An dieser Stelle einige Informationen zur aktuellen Tätigkeit der Finanzkommission: Nebst den obligaten Geschäften wie Rechnung, Budget und IAFP, wird sich die Finanzkommission 2013 schwergewichtig mit dem mittelfristigen Schuldenabbau und mit einer besseren, praxisnäheren Anwendung des Planungsbeschlusses beschäftigen. Da die Legislatur Ende 2013 zu Ende geht, wird sich die Finanzkommission bemühen, möglichst alle Pendenzen und so viel Wissen wie irgend möglich an die Finanzkommission der neuen Legislatur 2014 – 2017 mitzugeben. Ich gebe hier noch die Haltung der SVP-Fraktion bekannt: Die SVP-Fraktion wird dem Antrag der Finanzkommission einstimmig zustimmen.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich halte hier fest, was bereits in der Vorlage steht: Der Gemeinderat unterstützt die beantragte Reglementsanpassung.

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecherin Heidi Eberhard (FDP): Vorab besten Dank an alle Involvierten für die Aufbereitung der Vorlage. Die FDP-Fraktion nützt die Gelegenheit, die von der Finanzkommission seit April 2011 erbrachten Leistungen zu würdigen. Der Anstoss zur Schaffung einer parlamentarischen Finanzkommission erfolgte durch die Motion 0838 (FDP/jfk) "Professionelle Finanzpolitik – Schaffung einer parlamentarischen Finanzkommission". Im Februar 2011 beschloss das Parlament das nun zu ergänzende "Reglement für die Finanzkommission". Mit der Inkraftsetzung im April 2011 sind der Finanzkommission dadurch Aufgaben übertragen worden, die bis zu diesem Zeitpunkt von der GPK und der im Herbst 2011 aufgehobenen "Kommission für soziale Fragen" vorgenommen worden sind. Für uns ist selbstverständlich, dass auch die Finanzkommission, analog der GPK, im Einzelfall Personen und Experten mit Prüfungsaufgaben betrauen können soll. Wir vertrauen darauf, dass die Finanzkommission kostenbewusst vorgehen wird.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag der Finanzkommission zur Ergänzung des Reglements für die Finanzkommission mit dem neuen Art. 9a einstimmig zu.

Fraktionssprecherin Liz Fischli-Giesser (Grüne): Für die Fraktion der Grünen ist unbestritten, dass die Finanzkommission – wie die GPK – die Möglichkeit haben soll, allfällige Fragen von kompetenten Stellen klären zu lassen. Wir unterstützen deshalb einstimmig den neuen Art. 9a im Reglement über die Finanzkommission.

Als Mitglied der Finanzkommission ist mir Folgendes wichtig: Ich wollte erstens Klarheit darüber erhalten, wie die Anfragen der Finanzkommission im Gemeinderat behandelt werden und zweitens dass die Finanzkontrolle, wenn sie einen Auftrag der Finanzkommission übernimmt, wirklich unabhängig arbeiten kann. Weil uns die Verordnung des Gemeinderats zur Finanzkontrolle vorlag, konnten diese beiden Fragen in der Finanzkommission geklärt werden. Da die Finanzkontrolle dem Gemeinderat untersteht, kann die Finanzkommission die Finanzkontrolle nur mit dem Einverständnis des Gemeinderats beiziehen, weil sonst Interessenkonflikte entstehen könnten. Gemeindepräsident Luc Mentha als zuständiger Gemeinderat hat uns den Vorgang erklärt: Allfällige Aufträge sind beim Gemeindepräsidium einzureichen, das die Aufträge vorbereiten und allenfalls mit der betroffenen Direktion Rücksprache nehmen wird. Anschliessend wird die Anfrage für einen Auftrag vom Gemeinderat beraten. Besteht kein Interessenkonflikt, wird das Geschäft zuhanden der Finanzkommission bewilligt. Besteht jedoch ein Interessenkonflikt, wird der Gemeinderat je nach dem positiv oder negativ entscheiden. Bei einem negativen Entscheid kann die Finanzkommission externe Personen beiziehen. Dieser Ablauf ist richtig. Dazu steht in der Verordnung explizit, dass die Finanzkontrolle, wenn sie einen Auftrag für die Finanzkommission bearbeitet, diesen unabhängig bearbeitet. Der Gemeinderat kann allenfalls dazu noch eine Stellungnahme abgeben. Aus diesem Grund erklärt sich die Fraktion der Grünen mit dem Antrag der Finanzkommission einverstanden.

Beschluss

1. Die Ergänzung des Reglements für die Finanzkommission vom 14.2.2011 wird gemäss vorgelegtem Entwurf beschlossen.
 2. Die Änderung tritt am 1.5.2013 in Kraft.
- (abgegebene Stimmen: Einstimmig)
-

Patrik Locher trifft ein. Neu sind 40 Parlamentsmitglieder anwesend.

4. Schliern, Bütschliacker - Erwerb Parzelle Köniz-Grundbuchblatt Nr. 10493

Kredit; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Der Bericht und Antrag des Gemeinderats sind Ihnen mit den Sitzungsakten zugestellt worden. Das Vorgehen erfolgt wie üblich: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten. Zum Schluss folgt die Abstimmung.

GPK-Referent Christoph Salzmann (SP): Ausgangspunkt dieses Geschäfts sind Finanzprobleme des Tennisclub Köniz (TC Köniz), dessen Mitgliederbestand von 300 auf 150 Mitglieder gesunken ist. Aus diesem Grund hat der TC Köniz nun Mühe, den Baurechtszins zu bezahlen. Daniel Pauli, Präsident des TC Köniz, gelangte mit dem Vorschlag an die Gemeinde, einen Teil des Grundstücks umzonen zu lassen. Dieser umgezonte Teil könnte dann durch den Liegenschaftsbesitzer verkauft werden. Für den TC Köniz würde dies einen tieferen Baurechtszins bedeuten, was ihm das Überleben möglich macht. Wie weit dies eine nachhaltige Lösung für den TC Köniz ist, ist aber nicht Thema des Geschäfts.

Die Gemeinde hat in der Folge eine geringfügige Umzonung der zur Diskussion stehenden Parzelle eingeleitet. Vorgesehen ist "Wohnzone IIIa", wie in der Vorlage dargestellt. Die Genehmigung durch das AGR (Amt für Gemeinden und Raumplanung) ist gerade erst erfolgt. Die Bekanntmachung ist seit dem 16. März 2013 auf der Website der Gemeinde Köniz publiziert. Nun können innerhalb von 30 Tagen Einsprachen eingereicht werden. Wird die Parzelle künftig überbaut, wird sie definitiv einer Sportnutzung entzogen sein. Interessant ist die Feststellung, dass auf der ganzen Sport- und Freizeitzone Bütschliacker gemäss Baureglement nur Tennis gespielt werden darf. Sollte dies dereinst einmal nicht mehr der Fall sein, müsste auf alle Fälle für die Restparzelle erneut eine Nutzzordnung erstellt werden; entweder für eine andere Sportart oder für Wohnungen.

Die Liegenschaftsbesitzer haben zum beschriebenen Vorgehen Hand geboten und sind bereit, die Parzelle an die Gemeinde zu verkaufen. Damit hat die Gemeinde die Möglichkeit, dass in diesem Gebiet neue Wohnungen entstehen können. Das kommt dem Ziel des verdichteten Bauens entgegen. Heute beraten wir aber den Kauf der Parzelle und noch nicht darüber, wer, was, wann im Rahmen der geänderten Zonenplans darauf bauen wird. Weil die Parzelle nicht auf dem Markt ausgeschrieben wird, ist die Schätzung des Landwerts notwendig. Dazu sind verschiedene Verfahren möglich: Dazu werden unter anderem die öV-Erschliessung, die Nähe von Schulen und Einkaufsmöglichkeiten, die Naherholung, die Bebaubarkeit und anderes berücksichtigt. Das ergäbe im vorliegenden Fall einen Landwert von 600 Franken pro m². Die Gemeinde könnte die Parzelle nun zu diesem Preis kaufen und mit dem Liegenschaftsbesitzer eine Mehrwertabschöpfung von 40 Prozent aushandeln. Der entsprechende Betrag würde in die allgemeine Kasse fliessen. Eine Mehrwertabschöpfung von 40 Prozent sei nirgends reglementarisch festgeschrieben, dieser Wert beruhe auf einem einstigen Gemeinderatsbeschluss, teilte Gemeinderat Urs Wilk mit. Die Gemeinde hat mit dem Liegenschaftsbesitzer nun aber einen anderen Weg gewählt: Sie hat einen um 40 Prozent tieferen Preis ausgehandelt, was einem Kaufpreis von 950'000 Franken plus 20'000 Franken für Verschreibungskosten für die ganze Parzelle entspricht oder 366 Franken pro m². Damit kann der durch die Umzonung entstandene Mehrwert zugunsten einer nachhaltigen Nutzung verwendet werden. Das Land ist günstig, weil die Gemeinde auf eine sofortige Mehrwertabschöpfung verzichtet und den Mehrwert erst später realisieren wird. Was mit der Parzelle nun passieren wird, ist offen und ebenfalls nicht Gegenstand des heutigen Geschäfts. Im Kapitel 4 der Vorlage skizziert der Gemeinderat aber, was er im Sinn hat. Er möchte das Land im Baurecht abgeben und stellt sich vor, mindestens 27 Franken pro m² Bruttogeschossfläche (BGF) zu generieren. Als Vergleich: Im Areal Hertenbrünnen werden 35 Franken pro m² BGF, beim Feuerwehrmagazin 30 Franken pro m² BGF generiert. Beides sind jedoch "attraktivere" Standorte als der Bütschliacker. In der Vorlage hat der Gemeinderat deshalb festgehalten, dass damit die Verhältnismässigkeit gewahrt werden soll. Ich verstehe dies dahingehend, dass somit das Land nicht billiger abgegeben werden soll als sonst auch. Damit würde eine stattliche Rendite von 5,7 Prozent generiert. Im Vergleich dazu bringen Bundesobligationen mit 10 Jahren Laufzeit – ähnlich sichere Wertanlagen wie Liegenschaften – zurzeit eine Rendite von lediglich 0,7 Prozent.

Anlässlich der Beratungen in der GPK wurde angetönt, dass sich allenfalls vielleicht die Pensionskasse des Personals der Gemeinde Köniz oder ein gemeinnütziger Wohnbauträger für das Baurecht interessieren.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig – mit 7 : 0 Stimmen – dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Es wurde noch diskutiert, ob die GPK einen Zusatzantrag stellen soll, mit welchem der Gemeinderat verpflichtet würde, das Baurecht der Pensionskasse oder einem gemeinnützigen Wohnbauträger anzubieten. Nach eingehender Diskussion wurde darauf verzichtet, weil weder der Gemeinderat noch das Parlament mit solchen Anträgen überrumpelt werden sollen.

Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich bringe eine kleine Korrektur im Bericht und Antrag des Gemeinderats an: Auf Seite 2 hat sich in Kapitel 2 ein Fehler eingeschlichen "Dies entspricht einem Preis von CHF 373.00 / m² Land." Dieser Preis ist nicht richtig, sondern richtig ist: 366 Franken / m² Land. Ich entschuldige mich für diesen Rechnungsfehler.

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Christian Roth (SP): Die SP-Fraktion beugte sich mit Interesse über dieses Geschäft und dankt dem Gemeinderat für das geschickt eingefädelt Vorgehen. Die SP-Fraktion betrachtet es als eine gute Gelegenheit, die Parzelle 10493 zu kaufen. In unseren Augen kann hier klar von einer Win-Win-Situation gesprochen werden. Der TC Köniz hat weniger Mitglieder und ist dadurch finanziell stärker belastet. Mit dem Kauf der Parzelle 10493 durch die Gemeinde Köniz wird der TC Köniz der Grundstückbesitzerin weniger Baurechtszins entrichten müssen. Auch für die Gemeinde Köniz ist die Gelegenheit günstig: Mit dem Kauf der Parzelle kommt sie in einem Wohngebiet zu Bauland, bezahlt einen fairen – eher günstigen – Preis dafür und kann Wohnungen erstellen lassen. Sie verdichtet in Schliern und muss keine grüne Wiese überbauen. Das Grundstück ist zur Überbauung geeignet, vollständig erschlossen und liegt in der Nähe zum Wald, d. h. beim Naherholungsgebiet. Ebenfalls sinnvoll scheint der SP-Fraktion, die Mehrwertabschöpfung direkt ins Landgeschäft wieder einfließen zu lassen. Die SP-Fraktion bedauert jedoch, dass der Gemeinderat nicht konkrete weitere Schritte angedacht hat. Er will sich offenbar alle Optionen offenhalten. Doch halt! Das Grundstück darf in unseren Augen nicht einfach an den Meistbietenden verschachert werden. Hier liegt die einmalige Chance für die Schaffung von günstigem Wohnraum dank gemeinnützigem Wohnungsbau. Die SP-Fraktion hat erwogen, den Antrag mit einem zweiten Punkt zu ergänzen, mit dem das Land der Pensionskasse des Personals der Gemeinde Köniz oder einem gemeinnützigen Wohnbauträger anzubieten ist. Wir sind jedoch der Meinung, keine Haurück-Übung zu starten. Das Parlament soll sich nun über dieses Geschäft beugen und ohne Wenn und Aber entscheiden.

Trotzdem fordern wir vom Gemeinderat schnelle Antworten, mit welchen Partnern er konkret vorsieht, das Land in Wohnungen umzumünzen.

Die SP-Fraktion wird heute eine dringliche Motion einreichen, die darauf abzielt, dass im Bütschacker mit einem gemeinnützigen Wohnbauträger gebaut werden soll. Der Gemeinderat soll das zum Kauf vorgesehene Land zur Schaffung von günstigem Wohnraum einsetzen. Das Parlament soll heute jedoch frei sein, über das vorliegende Geschäft zu beraten und erst später darüber beraten, wie genau die Parzelle verwendet werden soll. Die Zeit drängt jedoch, denn der Gemeinderat hat festgehalten, dass er nach der Verabschiedung des Geschäfts den Kauf tätigen und einen Investor suchen wird. Aus diesem Grund haben wir für die Motion die Dringlichkeit beantragt. Die SP-Fraktion hofft, dass dieser zugestimmt wird, Gründe sind genügend vorhanden.

Mit diesen Überlegungen unterstützt die SP-Fraktion den Kauf der Parzelle einstimmig.

Fraktionssprecher Beat Haari (FDP): Die FDP-Fraktion hält Folgendes fest: Die Gemeinde Köniz hat sich nicht aktiv um dieses Land beworben, sondern die Eigentümerschaft gelangte aus den bekannten Gründen an die Gemeinde. Die Gemeinde Köniz kommt zu Bauland, ähnlich wie die Jungfrau zum Kinde, nur dass dies etwas kostet. Der Kaufpreis, bzw. die Kosten bewegen sich, wie im Bericht dargestellt, auf einem vernünftigen, vermutlich eher günstigen, Niveau. Die Gemeinde bzw. der Gemeinderat betreibt in diesem Fall aktive Baulandpolitik. Er fördert mit seinem Handeln – sprich der Nutzungsplanänderung, der Umzonung einer Zone für Freizeit- und Sportanlagen in eine Wohnzone – den Wohnungsbau an einem Ort, der es durchaus zulässt, einen Schritt in Richtung Siedlungsverdichtung zu tun. Es mag durchaus Sinn machen, das Land im Baurecht mit einer passablen Rendite abzugeben; allenfalls mit dem Hintergedanken, den gemeinnützigen Wohnungsbau zu berücksichtigen oder das Land an die Pensionskasse des Personals der Gemeinde Köniz zur Realisierung eines Renditeobjekts abzugeben, wie sich der Gemeinderat informell bereits geäußert hat.

Erlauben Sie mir, hier eine Klammer zu öffnen: (Das weitere Vorgehen hätte auch so aussehen können, dass das Bauland mit Gewinn – sozusagen mit der Realisierung der Mehrwertabschöpfung – hätte weiter verkauft werden können und mit diesem Gewinn hätten letztendlich Schulden abgebaut werden können.)

Trotzdem: All die genannten Punkte – ausgenommen die Klammerbemerkung – legitimieren aus der Sicht der FDP-Fraktion das Geschäft. Wir werden dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Fraktionssprecher Andreas Lanz (BDP): In unserer schnelllebigen Zeit ist auch die Popularität von Sportarten Trends unterworfen. Im konkreten Fall führt ein rückläufiger Trend beim TC Köniz zu einem finanziellen Engpass. Für die Gemeinde Köniz ergibt sich daraus die Möglichkeit, ein gut gelegenes Grundstück zu erwerben, um es im Baurecht an einen Investor abzugeben. Damit liegt eine Win-Win-Situation vor: Der TC Köniz kann saniert werden und die Gemeinde Köniz kommt zu einem Stück Land, mit welchem sie langfristige Erträge in Form von Baurechtszinsen erwirtschaften kann.

Die BDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat, dass er die Möglichkeit nutzt und wird dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Fraktionssprecher Bernhard Zaugg (SVP): 1979 bin ich als Junior und Mitglied der ersten Stunde auf den Sandplätzen des TC Köniz herumgerutscht und den Filzbällen nachgesprungen. Seit dem 6. März 2013 bin ich Vorstandsmitglied des TC Köniz; das vorliegende Geschäft wurde vorher aufgegleist. Die Abgabe von Land ist nicht die erste. Der TC Köniz hat bereits Land abgegeben. Auf dem Areal, wo sich auf dem Bild im Bericht und Antrag des Gemeinderats die beiden weissen Wohnblöcke befinden, waren ursprünglich die Tennisplätze 7 und 8 geplant. Jahrelang bestand eine Warteliste für die Mitgliedschaft im TC Köniz, dann ging die Anzahl Mitglieder stark zurück und eine erste Tranche Land musste abgegeben werden.

Nun geht es darum, dass die sportliche Tätigkeit Tennis erhalten bleibt. Im TC Köniz sind viele Mitglieder aus anderen Ortsteilen der Gemeinde. Der Vorstand des TC Köniz ist – wie im Bericht und Antrag des Gemeinderats aufgezeigt – aktiv geworden.

Zum Politischen: Für die EVP/CVP/GLP-Fraktion ist das vorliegende Geschäft wertvoll. Hier kann gut erschlossenes Land übernommen werden und dies an einer ruhigen Lage, an einer verkehrsberuhigten Strasse und sich Kindergarten und Schule in der Nähe befinden. Wir sind auch der Meinung, dass hier verdichtetes Wohnen realisiert werden kann. Aus meiner Sicht besteht höchstens der Wermutstropfen, dass sich der TC Köniz nicht mehr weiterentwickeln kann, wenn dieses Land dereinst überbaut ist. Ein weiterer negativer Punkt: Der Tennisbetrieb kann bis 21.30 Uhr mit Flutlicht stattfinden, was der Parzelle eine – jedoch nur minimale – Schlagseite geben könnte.

Unsere Fraktion begrüsst das Geschäft und wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Fraktionssprecher Markus Plüss (Grüne): Die Fraktion der Grünen hat das Geschäft vertieft betrachtet und sieht eine Win-Win-Situation. Der TC Köniz gerät, weil weniger Baurechtszins zu bezahlen sein wird, nicht in finanzielle Schieflage. Der Besitzer kann nach der Umzonung sein Land zu einem Baulandpreis verkaufen. Die Gemeinde Köniz kommt zu Bauland und dies zu einem guten Preis. Wenn das Land schlussendlich an einen gemeinnützigen Wohnbauträger abgegeben wird, können sogar noch die Mieter von günstigen Wohnungsmieten profitieren.

Bedenken haben wir einzig, dass die Immissionen der Tennisanlage bis in die Nacht hinein bei der Realisierung von Luxuswohnungen stören könnten, was wiederum für die Realisierung von günstigem Wohnraum spricht.

Die Fraktion der Grünen wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Ausblick: Wenn der Baurechtsvertrag realisiert wird, muss darauf geachtet werden, dass für den Bau der Liegenschaften der Gebäudestandard 2011 berücksichtigt wird.

Fraktionssprecher Adrian Burkhalter (SVP): Auch die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu diesem Geschäft zu.

Der Kauf der Liegenschaft zum jetzigen Zeitpunkt ist günstig und für die Gemeinde Köniz interessant. Interessant dann, wenn das uns im Bericht und Antrag Vorgerechnete auch eintreffen wird. Den Entscheid, was auf diesem Areal realisiert werden soll, treffen wir nicht heute Abend und trotzdem wurde oft darüber votiert. Der SVP-Fraktion ist aber suspekt, dass die geringfügige Nutzungsplanänderung im Anzeiger Region Bern bereits am Freitag, 16. März 2013 publiziert worden ist, obschon das Parlament das Geschäft noch nicht beraten hat.

Hat der Gemeinderat seine Kompetenzen überschritten? Der Gemeinderat – so wurde mir einmal mitgeteilt – kann bei Umzonungen von maximal 20 Aren selber entscheiden, hier geht es aber um insgesamt 26 Aren.

Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich habe Freude, wenn ich höre, dass die Fraktionen dem Geschäft einhellig einstimmig zustimmen. Ich bin der festen Überzeugung, dass dieses Geschäft für alle ein gutes ist.

Zu Adrian Burkhalter und der SVP-Fraktion: Für solche Umzonungen gibt es zwei Verfahren. Das eine wird "ordentliches Verfahren" genannt, mit welchem der Entscheid über die Umzonung eines Grundstücks der Stimmbevölkerung vorbehalten ist. Das andere Verfahren ist das "geringfügige Verfahren", mit welchem der Gemeinderat die Kompetenz für die Vornahme von Umzonungen hat, sofern das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) zustimmt. Hier besteht eine ungeschriebene Regelung in Bezug auf die von Adrian angeführten 20 Aren. Die Anzahl Quadratmeter ist bei jedem Verfahren mit dem AGR auszudiskutieren. Als wir mit dem Ansinnen des TC Köniz konfrontiert wurden, dass er für die Zukunftssicherung sein Grundstück verkleinern und einen Teil verkaufen will, haben wir umgehend mit dem AGR Kontakt aufgenommen und die Arealgrösse bekanntgegeben. Das AGR hat die Erlaubnis erteilt, die Umzonung mit dem geringfügigen Verfahren durchzuführen. Die Umzonung muss aufbereitet werden, öffentlich publiziert und für 30 Tage aufgelegt werden. Im vorliegenden Fall sind wir sogar noch weiter gegangen und haben die direkt ans Areal anstossenden Nachbarn zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Das hätte total ca. 30 Personen betroffen, gekommen sind deren 5. Das Ergebnis der Diskussionen war, dass die öffentliche Auflage keine Einsprache generierte. Nach der Auflage wurde die Umzonung wiederum ans AGR gesandt, welches diese genehmigte. Aufgrund dessen erfolgte die öffentliche Bekanntmachung am 16. März 2013. Ab diesem Zeitpunkt kann innerhalb der Frist von 30 Tagen Einsprache erhoben werden. Das wäre allerdings nur jenen vorbehalten, die bereits im Auflageverfahren Einspruch erhoben hätten. Da im Auflageverfahren keine Einsprachen erhoben wurden, kann keine mehr eingereicht werden und die Umzonung ist rechtens.

Zu Christian Roth: Ich denke, dass der Gemeinderat mit der Festlegung des Baurechtszinses auf 27 Franken/m² als Mindestpreis hinlänglich kundgetan hat, dass er auf diesem Areal keine Maximalrendite erzielen will. Anlässlich der GPK-Sitzung habe ich festgehalten, dass die Absicht besteht, die Wohnnutzung mit einem gemeinnützigen Wohnbauträger oder allenfalls mit der Pensionskasse des Personals der Gemeinde Köniz zu realisieren. So gesehen ist die Rendite von 5,7 Prozent auf dem bereits vergünstigten Kaufpreis berechnet, da die Mehrwerterschöpfung vom Landpreis abgezogen und nicht nachträglich erhoben wird.

Zu Martin Plüss: Der Gemeinderat hat im November 2012 die Weisung O W 2 "Energieeffizientes Bauen und Betreiben, Gebäudestandard 2011" erlassen. Diese besagt, dass gemeindeeigene Wohngebäude oder auch auf Land, das im Baurecht abgegeben wird, Bauten gemäss Gebäudestandard 2011 zu realisieren sind. Das ist hier eindeutig der Fall.

Beschluss

Das Parlament beschliesst, Parzelle Köniz-Gbbl. Nr. 10493 zum Preis von CHF 950'000.00 zuzüglich Verschreibungskosten (Grundbuch, Geometer, Notar) von ca. CHF 20'000.00 nach Ablösung des darauf lastenden selbständigen und dauernden Baurechts von der Mühlestein & Co. zu erwerben. Für den Kauf bewilligt das Parlament einen Kredit von CHF 970'000.00 zulasten Konto Nr. 1023.1416 (Bestandeskonto) bzw. 4620.503.1416 (Investitionskonto).

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

5. Gasel, Erschliessung Schlatt - Neubau Wasserleitung

Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Auch hier liegen Ihnen der Bericht und Antrag des Gemeinderats vor. Zuerst spricht der GPK-Referent. Nach den Fraktions- und Einzelvoten erfolgt die Abstimmung.

GPK-Referent Heinz Nacht (SVP): Ich darf Ihnen heute Abend zwei ganz unterschiedliche "Wassergeschäfte" vorstellen. Beim ersten Geschäft handelt es sich für mich um ein Novum, denn es geht nicht um eine Sanierung von Wasserleitungen, sondern um den Neubau einer Wasserleitung von Oberscherli ins Schlatt.

Auslöser des vorliegenden Projekts ist ein Schreiben des Wasserverbundes Region Bern (WVRB), der die Quelfassungen im Scherlital aus Kostengründen stilllegen will. Dadurch würde kein Wasser mehr durch die freie Spiegelleitung mehr abfliessen. Eine freie Spiegelleitung ist energetisch sehr interessant, da das Wasser von selber hinunter fliesst und nicht gepumpt werden muss. Das Problem besteht darin, dass die Wasserquellen dauernd überwacht werden müssen. Im vorliegenden Fall wird das Wasser erst in Bern zum ersten Mal kontrolliert. Die betreffenden Bewohner im Schlatt – 8 Liegenschaften werden von der Stilllegung betroffen sein – sind am 5. Juli 2012 mit einem Schreiben des WVRB informiert worden, dass die Leitung ca. Ende 2013 stillgelegt wird.

Zum Löschschutz: Die alte Leitung bringt 900 Minutenliter, für den Löschschutz sind jedoch 1'500 Minutenliter gefordert. Als Feuerwehrmann durfte ich an einer Übung im Schlatt teilnehmen und das Vorgehen, damit genügend Druck vorhanden ist, ist kompliziert: Bevor Wasser angesaugt werden kann, muss es gestaut werden, Bretter müssen hinuntergelassen werden, die Pumpe muss gesetzt und in Betrieb genommen werden, bevor überhaupt Wasser vorhanden ist. Ist das Wasser endlich da, ist davon aber zu wenig vorhanden. Die bestehende Situation ist nicht optimal.

Die Verantwortlichen entschuldigen sich dafür, dass den Unterlagen ein falscher Planausschnitt beigelegt worden ist. Die interessanten Teile sind darauf nicht ersichtlich. Ich hoffe, dass die GPK-Mitglieder den Fraktionen den richtigen Planausschnitt zeigen konnten.

Zum Projekt: Das Projekt wurde bereits letztes Jahr mit einem dem Parlament vorliegenden Geschäft eingeleitet, mit der Sanierung der Wasserleitung in Oberscherli, deren Nennweite auf 150 Millimeter wurde. An diese Wasserleitung in Oberscherli wird mit dem vorliegenden Projekt nun quasi angedockt und eine Wasserleitung mit Nennweite 150 Millimeter bis in die Kreuzung im Schlatt erstellt, der restliche Teil erhält eine Nennweite von 125 Millimeter. Die Länge der neuen Leitung beträgt 1'450 Meter. Die Leitung wird weder unter der Strasse noch unter dem Radweg resp. Fussweg verlegt, sondern 1,2 Meter daneben im unbebauten Land, da dies einfacher, schneller und günstiger ist. Weiter werden, was nicht unerheblich ist, 7 neue Hydranten erstellt. Das Projekt wird erst fertig sein, wenn der Neubau des Reservoirs Hornwald – oder noch viel besser, bei einem allfälligen Zusammenschluss mit dem Wasserverbund Oberbalm der Neubau des Reservoirs Balmberg in der Gemeinde Oberbalm. – realisiert ist. Damit wäre der grosse Vorteil vorhanden, über genügend Druck zu verfügen, womit z. B. die Höfe in der Krummenegg mit genügend Druckwasser versorgt werden können und auch dort der Löschwasserschutz gewährleistet werden kann. Der kleine Nachteil ist, dass im Schlatt eine Druckreduzierung eingebaut werden müsste.

Drittprojekte: Deren sind einige vorhanden, ewb (Energie Wasser Bern) und die Swisscom haben Bedürfnisse angemeldet. Zudem ist das Interesse der BKW vorhanden, die bestehende Freilandleitung in einen Schacht zu verlegen. Diese Projekte haben jedoch keinen direkten Zusammenhang mit dem vorliegenden, weil sich diese Leitungen in der Strasse befinden werden und nicht wie die Wasserleitung, im unbebauten Land neben der Strasse.

Zu den Finanzen. Mit einer Kostengenauigkeit von ± 10 Prozent wird die Leitung 1,050 Millionen Franken kosten, ohne Mehrwertsteuer. Wie wird die Realisierung der Leitung finanziert? Die Gesamtinvestitionen der Gemeinde Köniz belaufen sich auf 12 Millionen Franken pro Jahr. Für die Spezialfinanzierungen sind pro Jahr 5 Millionen Franken eingesetzt, die jedoch in den letzten Jahren nur selten aufgebraucht worden sind. Zurzeit liegt der Schnitt bei 4,16 Millionen Franken/Jahr. Mit dem vorliegenden Projekt wird die Quote für 2013 auf 5,2 Millionen Franken heraufgesetzt.

Was würde geschehen, wenn dem Geschäft heute nicht zugestimmt wird? Da die Gemeinde so genannt versorgungspflichtig ist, hätte sie ein grosses Problem, weil 8 Haushalte nicht mit Wasser versorgt wären. Auch der Löschwasserschutz wäre nicht mehr vorhanden. Aufgrund dessen empfiehlt die GPK dem Parlament mit 7 : 0 Stimmen einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne): Für uns hat dieses Geschäft fast nur positive Aspekte. Die Wasserversorgung ist zwingende Gemeindeaufgabe. Der Löschwasserschutz wird verbessert. Aufgrund der Leitungssanierung in Oberscherli im letzten Jahr wurden bereits Vorarbeiten geleistet. Das Geschäft ist von langer Hand vorbereitet und die Gemeinde wartet quasi darauf, dass der WVRB die Rohwasserleitung stilllegt. Synergien können genutzt werden:

Die BKW verlegen zur späteren Nutzung ein leeres Rohr, die Rad- und Fusswegplanung in diesem Bereich ist vorgezogen worden, damit keine Konflikte entstehen und sich z. B. kein Hydrant plötzlich auf dem Fussweg befindet und man kann eventuell sogar noch mit dem Wasserverbund Oberbalm bei einer eventuellen Realisierung des Reservoirs Balmberg zusammenarbeiten.

Ich bringe hier noch zwei kritische Anmerkungen an: Ein Auslöser – nicht der einzige – dafür dass der WVRB die Leitung aufgibt, ist die schlechte Trinkwasserqualität, d. h. konkret hohe Nitratwerte. Diese stammen zu einem grossen Teil aus der Landwirtschaft. Es handelt sich somit um ein hausgemachtes Problem. Die zweite kritische Anmerkung: Bis jetzt floss das Wasser ohne Energieaufwand hinunter, neu muss viel Wasser heraufgepumpt werden. Unsere Frage: Wie viel Energie wird dafür zusätzlich benötigt?

Die Fraktion der Grünen wird dem Projekt gemäss Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen.

Fraktionssprecherin Annemarie Berlinger-Staub (SP): Die Gemeinde ist für die Wasserversorgung zwingend erschliessungspflichtig, daran ist nicht zu rütteln. In den Unterlagen ist zwar etwas lapidar ausgedrückt, dass bei einer Ablehnung die ab der Scherlitalleitung des WVRB versorgten Liegenschaften kein Wasser mehr hätten und die Gemeinde ihrer Aufgabe nicht nachkommen würde. Die Gemeinde Köniz kann jedoch zur Wasserversorgung gezwungen werden.

Die Unterlagen haben in der SP-Fraktion Fragen aufgeworfen. Einige haben sich zwar nun durch das Votum des GPK-Referenten geklärt. Aus den Unterlagen ist jedoch nicht klar hervorgegangen, was genau an Bedürfnissen abgeklärt worden ist, wie diese koordiniert worden sind und wie die Synergien genutzt werden sollen. Heute habe ich z. B. zum ersten Mal gehört, dass diese Leitungen im unbebauten Land realisiert werden und nicht in der Strasse selber. Es macht jedoch Sinn, dass die Leitung im unbebauten Land neben der Strasse erstellt wird. Ausserdem war uns im Abschnitt Finanzen der Begriff "MCHF" ein Rätsel, ich danke für die Übersetzung.

Die SP-Fraktion wird dem Kredit gemäss Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Fraktionssprecher Christof Nydegger (SVP): Die SVP-Fraktion beurteilt die Gesamtausführung des vorliegenden Geschäfts als zweckmässig und sinnvoll. Daher wird sie dem Geschäft gemäss dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

In Bezug auf die Wasserversorgung habe ich einige fragende Bemerkungen an den Gemeinderat: Auffällig ist, dass an den letzten Parlamentssitzungen gehäuft "Wassergeschäfte" beraten worden sind. Wird in diesem Stil weitergefahren? Mit welchen Geschäften gleicher Art muss im 2013 gerechnet werden?

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Ich danke dem GPK-Referenten Heinz Nacht bestens für die sehr umfassende Einführung und die Antwort auf sehr viele Fragen.

Es handelt sich um eines der letzten Gebiete der Gemeinde Köniz, das noch nicht mit öffentlichem Wasser erschlossen ist. Auch ist die Realisierung von neuen Wasserleitungen eine eher seltene Angelegenheit für die Wasserversorgung Köniz. Die Gemeinde Köniz ist erschliessungspflichtig und muss den Weiler Schlatt mit Trinkwasser versorgen.

Zu Hansueli Pestalozzi und seiner Frage, wie viel Energie zusätzlich für das Pumpen des Wassers benötigt wird: Diese Antwort kann ich nicht aus dem Ärmel schütteln und werde sie an der nächsten Parlamentssitzung abgeben.

Zu Annemarie Berlinger-Staub, die festgestellt hat, dass die Wasserleitung neben der Strasse und nicht darunter verlegt wird: Eine Verlegung der Wasserleitung in unbebautem Land neben der Strasse ist deutlich günstiger, weil die Strasse nicht aufgerissen werden muss.

Zu Christof Nydegger und seiner Frage, wie viele Wassergeschäfte 2013 vorgesehen sind: Wenn – was meistens der Fall ist – Leitungssanierungen oder -neubauten teurer zu stehen kommen als 200'000 Franken, was in der Kompetenz des Gemeinderats liegt, müssen sie dem Parlament vorgelegt werden. Auf Wunsch der GPK wurde geprüft, ob reine Sanierungsgeschäfte von Wasserleitungen als gebundene Ausgabe abgewickelt werden könnten. Das ist nicht immer einfach. Die GPK wurde bereits darüber informiert, weshalb wir das nächste Geschäft noch nicht als gebundene Ausgabe vorlegen werden. Unsere Sanierungsgeschäfte werden jeweils von langer Hand geplant und sind in der Investitionsplanung aufgeführt. Eine weitergehende Übersicht ist mit der "Wasserleitungsersatzplanung" vorhanden, die vor ungefähr einem Jahr an die Parlamentsmitglieder abgegeben wurde.

Dort sind die Planungen für die nächsten fünf Jahre aufgeführt. Das vorliegende Geschäft war nicht in der Investitionsplanung enthalten, weil wir davon ausgegangen sind, dass die Realisierung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen wird.
Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Beschluss

Für die Erschliessung Schlatt wird ein Kredit von insgesamt CHF 1'050'000.00 zuzüglich Teuerung bewilligt. Der Kredit geht zu Lasten der Investitionsrechnung Konto Nr. 5550.501.4503.
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

6. Köniz, Feldrainstrasse/Hubelweg/Talbrünnliweg - Ersatz Wasserleitung und Strassenerneuerung

Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe und Direktion Planung und Verkehr

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Der Ablauf der Beratungen: Zuerst sprechen die beiden GPK-Referenten, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten und zum Schluss die Abstimmung.

GPK-Referent Heinz Nacht (SVP): Das vorliegende Geschäft ist anders gelagert als das vorhergehende, hat aber auch eine Vorgeschichte, denn 2012 wurde die erste Etappe der Sanierung im Feldeggquartier realisiert. Auslöser des ersten wie nun auch des zweiten Projekts ist die Sanierung der Gasleitung von ewb (Energie Wasser Bern), die 1997 zwar mittels Folienrelining saniert worden ist, aber nach wie vor als unsicher gilt. Folge dessen wurde der Termin für die Sanierung der Gasleitung – der Ersatz der Graugussleitung – von ewb an uns mitgeteilt. Da sich die Wasserleitung der Gemeinde Köniz auf gleicher Höhe wie die Gasleitung von ewb befindet, scheint eine gleichzeitige Sanierung der Wasserleitung durch die Gemeinde sinnvoll. Es handelt sich um 560 Meter Hauptleitung, die 79-jährig sind. Die Leitungen werden nach der Sanierung eine einheitliche Nennweite von 125 Millimeter haben.

Drittprojekte: Das Hauptprojekt ist die Sanierung der Gasleitung durch ewb. Die Swisscom, das, Abwasser und die Abteilung Verkehr und Unterhalt haben ebenfalls Bedarf angemeldet.

Zu den Kosten: Die Sanierung der Wasserleitungen wird – mit einer Genauigkeit von ± 10 Prozent – ca. 440'000 Franken kosten. Das Gesamtprojekt ist jedoch mit 1,33 Millionen Franken veranschlagt. Folgendes zum Verteiler: Im vorliegenden Projekt – so konnte ich in Erfahrung bringen – wird die Strassensanierung ca. 52 Prozent der Kosten übernehmen, die Sanierung der Wasserleitung 22 Prozent, ewb 20 Prozent und Abwasser und Swisscom je 3 Prozent der Kosten.

Was geschieht bei einer Ablehnung des Projekts? ewb wird die Sanierung der Gasleitung so oder so vornehmen, da diese unumgänglich ist. Durch die dafür notwendigen Grabarbeiten wird die Strasse in Mitleidenschaft gezogen und weil die Sanierung der Wasserleitung in den nächsten Jahren trotzdem notwendig wird, müssten die Anwohnenden in kurzer Folge wiederholt mit Behinderungen aufgrund von Grabarbeiten rechnen.

Zur Nachhaltigkeit: Die Sicherheit der Gasleitung kann mit der Sanierung wieder gewährleistet werden. Die Wasserleitung wird für die nächsten 80 Jahre saniert sein und die Strasse für die nächsten 20 bis 30 Jahre.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 5 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

GPK-Referent Hansueli Pestalozzi (Grüne): Die jeweilige Schliessung des für die Bauarbeiten notwendigen Grabens in der Strasse ist bei solchen Projekten stets das "Ende des Rattenschwanzes". Das vorliegende Projekt ist ähnlich wie jenes anlässlich der letzten Parlamentssitzung im Spiegeldörfli. Dieses Mal ist der Rattenschwanz jedoch noch etwas länger.

Wie Heinz Nacht erwähnt hat, ist ewb aufgrund der notwendigen Sanierung der Gasleitung Auslöser des vorliegenden Projekts. Obwohl die Wasserleitungen in 3. Priorität für die Sanierung eingestuft sind, ist eine gleichzeitige Sanierung der Leitungen sinnvoll, da sie bereits 79-jährig sind. Die Sanierung der Strasse wird dann ebenfalls notwendig sein, obwohl diese ohne Leitungssanierungen noch jahre- wenn nicht jahrzehntelang nicht sanierungsbedürftig sind, da es sich um schwach befahrene Quartierstrassen handelt. Der Zustand des Abschnitts Feldrainstrasse wird als gut bis ausreichend bezeichnet, einzig im Hubelweg wird der Zustand als kritisch eingestuft.

Das Projekt: Es wird ein Aushub mit einer Breite von 1,25 Meter vorgenommen, dessen Kosten durch ewb und die Gemeinde Köniz zu gleichen Teilen übernommen werden. Auch die Kosten für die Entsorgung des Aushubs und des Asphalts sowie die Wiederauffüllung bis 50 Zentimeter unter die Oberfläche werden je zur Hälfte durch die Gemeinde Köniz und ewb übernommen. Die Kosten für die Sanierung der restlichen Strassenbreite muss vollständig durch die Gemeinde Köniz übernommen werden. Einzig Swisscom übernimmt 15'000 bis 20'000 Franken der Kosten für die Strassenerneuerung, ewb und Gemeindebetriebe übernehmen nichts. Das ist in unseren Augen eine Ungleichbehandlung. Uns wurde jedoch versichert, dass der Kostenteiler überarbeitet wird.

Saniert wird der gesamte Strassenkörper inklusive Trottoir, Randabschlüsse und die Strassenenwässerung. Die Kosten pro Quadratmeter betragen 257 Franken, im Spiegeldörfli lagen diese bei ca. 220 Franken. Bei der ersten Etappe im Feldeggquartier betrugen diese Kosten 280 Franken. Bei diesen Kostenschätzungen gibt es, je nach Ingenieurbüro, grosse Unterschiede. In der GPK wurde kritisiert, dass in den Unterlagen für die Parlamentsmitglieder die Angabe des Quadratmeterpreises fehlt. Da der Ihnen vorliegende Antrag bereits vor der letzten Parlaments-sitzung verfasst wurde, konnte das nicht mehr korrigiert werden. Ebenfalls ist kein Hinweis auf die Finanzierung enthalten. Die GPK-Mitglieder haben deshalb ein sehr gut verfasstes fact sheet erhalten. Wir hoffen, dass die Parlamentsunterlagen das nächste Mal alle notwendigen Zahlen enthalten.

Zur Finanzierung: Gerade mal 500'000 von insgesamt 890'000 Franken sind dafür im Investitionsplan 2013 eingestellt. Die restlichen 390'000 Franken werden mit anderen Strassenbauprojekten kompensiert. Einerseits mit der Landorfstrasse und andererseits mit der Sanierung der ersten Etappe Feldeggquartier, da dort um voraussichtlich 100'000 Franken tiefer abgerechnet werden kann.

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Mathias Rickli (Grüne): Die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser ist für die Gemeinde eine zwingende Aufgabe. Die regelmässige Instandhaltung und Erneuerung der Leitungen ist daher wichtig. Der Wasserleitungsersatz ist in der Fraktion der Grünen unbestritten. Auch die Synergieeffekte mit ewb, Swisscom, usw. sind in unseren Augen gut.

Ich komme auf die Strassensanierung zu sprechen. Auch Strassensanierungen sind in regelmässigen Abständen notwendig und wichtig. Es geht jeweils darum zu prüfen, ob diese Sinn machen. Dass das Projekt Strassenerneuerung doppelt so teuer zu stehen kommt wie die Sanierung der Wasserleitungen weckt bei mir und anderen Unbehagen. Ist die Sanierung wirklich notwendig und verhältnismässig? Die Projektunterlagen zeigen nur ansatzmässig auf, wie es sich verhält. Von Indexwerten ist die Rede, es wird über den Zustand Auskunft gegeben, von Leitungen, die in der Zwischenkriegszeit erstellt worden sind. Was heisst das alles? Es handelt sich um Informationen, die uns alle nicht weiterbringen. Betrachtet man den detaillierten Indexplan der Strassenzustände der Gemeinde Köniz, ist dieser im besagten Perimeter sehr unterschiedlich. Für uns stellt sich die Frage, ob die Erneuerung der gesamten Strassenbreite wirklich notwendig ist. Würde es nicht genügen, in so schwach befahrenen Quartierstrassen einfach den geöffneten Graben wieder zu schliessen? Diese Frage bleibt für mich als Parlamentsmitglied und Einwohner der Gemeinde Köniz offen. Ein Detail: Asphalt ist jener Strassenbelag, mit dem kleinräumig ausgebessert werden kann, d. h. genau jenes Material mit dem kleine Öffnungen wieder gut verschlossen werden können.

Die Fraktion der Grünen ist vom vorliegenden Geschäft nur zur Hälfte überzeugt und wird sich dem Antrag des Gemeinderats mehrheitlich enthalten.

Fraktionssprecher Markus Willi (SP): Innerhalb der letzten 24 Monate sind im Parlament sieben – gefühlt doppelt so viele – Kreditvorlagen für Sanierungen von Wasserleitungen vorgelegt worden. Meistens – wie hier im vorliegenden Geschäft – sind Geschäfte mit einer vorzeitigen und umfassenden Sanierung der Strasse bzw. mit der Erneuerung von Leitungen anderer Werke kombiniert. Es ist auch vorgekommen, dass Strassensanierungen unterbreitet worden sind, die mit Wasserleitungsgeschäften kombiniert waren. Bei allen Vorlagen war stets die Rede von Synergieeffekten. Gemeint sind gemäss unserem Verständnis jene Kostenvorteile die entstehen wenn gleichzeitig eine altersschwache Wasserleitung und andere Leitungen saniert werden und die Strasse darüber erneuert wird. Alles verständlich, nachvollziehbar und einleuchtend. Liegen aber innerhalb von zwei Jahren sieben solche Geschäfte vor und muss man sich in jedes von neuem hineindenken, stellt sich dem nicht bauaffinen Parlamentsmitglied die eine oder andere Frage?

Wären solche Kreditvorlagen nicht effizienter zu behandeln, wenn bezüglich dem immer wieder ins Feld geführten Synergieeffekt etwas mehr Transparenz herrschen würde? Die SP-Fraktion kann diese Frage klar mit ja beantworten. Es ist ein Vorstoss im Umlauf, der beantwortet haben möchte, nach welchen Kriterien entschieden wird, ob bei Wasserleitungskriterien gleichzeitig eine umfassende Strassensanierung ausgeführt wird. Wie werden die Synergien quantifiziert und wie werden sie im Kostenteiler berücksichtigt? Resultieren bei der üblichen Vorgehensweise in der Gemeinde Köniz eher Vorteile für gebührenfinanzierte oder für steuerfinanzierte Projektteile? Diese und weitere Fragen sind in der Interpellation enthalten, die heute eingereicht wird. Wir erhoffen uns davon, dass bei Kreditvorlagen für Sanierungen mit Synergieeffekten künftig mehr Transparenz möglich sein wird.

Das vorliegende Geschäft scheint uns, auch nach der Prüfung der Synergieeffekte, genügend vorbereitet und es besteht kein Hinweis, dass es nicht gut vorbereitet wäre. Aus der Sicht der SP-Fraktion besteht kein Grund, gegen dieses Geschäft zu stimmen und wir werden dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Fraktionssprecher Patrik Locher (EVP): Die CVP/EVP/GLP-Fraktion erachtet die geplanten Sanierungen an der Feldrainstrasse, am Hubel- und Talbrünnliweg als sinnvoll und unterstützt das vorliegende Geschäft grundsätzlich. Im Rückblick auf die letzte Parlamentssitzung, an welcher ein Kredit für einen Wasserleitungersatz und gleichzeitige Strassensanierung beantragt worden ist, stellt sich uns jedoch die Frage, unter welchen Umständen eine Strasse zu erneuern ist, wenn sie für den Ersatz von Leitungen aufgedrungen werden muss. Synergieeffekte, wie sie in den Berichten erwähnt werden, können grundsätzlich immer geltend gemacht werden. Aufgrund welcher Kriterien wird entschieden, ob beides oder nur ein Teil davon saniert wird? Diese und andere Fragen werden dem Gemeinderat in der sich gerade im Umlauf befindenden Interpellation gestellt, die auch die Unterstützung unserer Fraktion findet.

Weiter vermissen wir im Bericht einen Abschnitt mit den Terminen. Wir danken dem Gemeinderat, wenn er uns über die zeitlichen Dimensionen des Vorhabens informieren kann.

Fraktionssprecher Stephan Rudolf (BDP): Aus der Sicht der BDP-Fraktion ist gut, dass Zusammenarbeiten stattfinden und versucht wird, Synergien zu nutzen. Wie gehört, können Synergien immer nachgewiesen werden. Tatsächlich macht es aber wirklich Sinn, bei der vorliegenden technischen Ausgangslage, wo ein Aushub notwendig ist, die Sanierung der Wasser- und Gasleitungen in einem "Aufwisch" zu realisieren. Dadurch können Kosten in Bezug auf die Baumeisterarbeiten eingespart werden.

Zur Strassenerneuerung habe ich einige Bemerkungen anzubringen: Die Überprüfung des Könizer Strassennetzes hat für das hier zur Frage stehende Gebiet einen Zustand von ausreichend bis kritisch ergeben. Nun bin ich aufgrund der sehr hohen Kosten für die Strassenerneuerung der Meinung, dass sehr wohl im Detail zwischen ausreichend und kritisch zu unterscheiden ist. Ich habe mir persönlich ein Bild des Strassenzustandes vor Ort gemacht. Als Laie in Sachen Tiefbau kann ich beurteilen, dass optisch gravierende Unterschiede zwischen den verschiedenen Strassenabschnitten bestehen. Zum einen Teil besteht ohne Frage ein Bedarf nach Erneuerung, zum anderen Teil – was sich aus unserer Sicht optisch beurteilen lässt – kann mit dem heutigen Zustand noch einige Zeit gut gelebt werden kann. Eine bessere Wertung als den Zustand kritisch kann z. B. auch der Riedmoosstrasse vom Hallmattkreisel in Richtung Niederbottigen bis Kreuzung Rehlagstrasse nicht zugestanden werden. Von einer geplanten Sanierung dieses Strassenabschnitts habe ich noch nichts gehört. Diese Strasse hat auch einiges mehr an Verkehr zu bewältigen als die Quartierstrassen des Feldeggquartiers.

Es kann – da sind wir uns in der Fraktion einig – in Zukunft nicht sein, dass bei Sanierungen von Wasser- oder Gasleitungen die Strassenerneuerung doppelt so viel kostet und dies uns in einem Paket beantragt wird. Beim vorliegenden Projekt handelt es sich aus unserer Sicht eher um eine Strassenerneuerung mit der Sanierung der darunter liegenden Leitungen. In diesem Fall sollte eher über eine Strassensanierung entschieden werden.

Die BDP-Fraktion wird unter dem Vorbehalt, dass hier kein Präzedenzfall für ähnliche Geschäfte geschaffen wird und um kostengenerierende Verzögerungen zu vermeiden, dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Ich bin froh um die kritischen Voten und man könnte hier sagen: "Steter Tropfen höhlt den Asphalt". Ich wäre froh, wenn die DPV diese Worte ernst nehmen und beim nächsten solchen Projekt sehr seriöse Abklärungen treffen würde. Vielleicht könnte auch etwas Mut zum Risiko eingegangen werden und nicht wirklich Notwendiges auch nicht zu tun.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Die zweite Etappe der Leitungssanierung im Feldeggquartier liegt Ihnen nun vor. Den Kredit für die erste Etappe dieses Geschäfts haben Sie im letzten Jahr bewilligt und diese ist bereits realisiert.

Zur Frage von Patrik Locher in Bezug auf den Zeitplan: Wenn Sie dem Kredit heute zustimmen, wird die Sanierung noch diese Woche angegangen. Ich gestehe, dass das Submissionsverfahren bereits durchgeführt worden ist und ich die Vergabe bereits unterzeichnet habe. Im April wird mit den Bauarbeiten begonnen und während der Sommermonate durchgeführt. Diese Arbeiten sollten noch 2013 abgeschlossen werden. Die Strassensanierung erfolgt naturgemäss später, aber auch hier sollte der Hauptteil noch in diesem Jahr realisiert sein. Die Belagssanierung erfolgt voraussichtlich 2014.

Ich danke für Ihre Unterstützung der zweiten Etappe dieses Geschäfts.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke für die zustimmenden wie auch für die kritischen Voten.

Immer wieder wurde in den Voten das Thema Ungleichbehandlung angesprochen und gefragt, ob der Kostenteiler richtig ist. Bereits vor diesem Geschäft und den anlässlich der Februarsitzung behandelten, wurde ein Auftrag extern vergeben, den Kostenteiler genau zu prüfen. Mit dem heute eingereichten Vorstoss rennen Sie also offene Türen ein und mit der dann vorliegenden Expertise können wir den Vorstoss beantworten. Gesagt wurde, dass die Indexwerte des Strassenzustands ausreichend bis kritisch sind. Dem in der GPK abgegebenen fact sheet wurde ein Ausschnitt aus der Strassenerneuerungsplanung beigelegt. Alle Gemeindestrassen werden für diesen Zweck befahren und alle 20 Meter wird eine Aufnahme gemacht. Richtig ist die Feststellung, dass die Sanierung der Feldrainstrasse nicht so dringend ist wie z. B. jene für den Hubelweg. Es wurde dafür votiert, dass nur der aufgerissene Graben wieder asphaltiert werden soll und nicht die ganze Strassenbreite. Wenn eine Strasse aber, wie im vorliegenden Fall, alt ist, ist vor allem die Tragschicht defekt. Gerade beim Hubelweg ist ersichtlich, dass er nicht mehr plan ist. Wird hier nur der Graben wieder asphaltiert, hält dieser Flick nicht lange, weil aufgrund der Unebenheiten in der Tragschicht der Asphalt umgehend wieder aufgerissen wird. Wenn bei Wasserleitungssanierungen immer nur der aufgerissene Graben asphaltiert wird, entstehen Nahtstellen und im Winter werden diese jeweils wieder aufgerissen. Deshalb ist eine Belagserneuerung der ganzen Strassenbreite besser.

Erwähnt wurde auch, dass die Strassenerneuerung doppelt so viel kostet wie die Wasserleitungssanierung. Hier wird uns die in Auftrag gegebene Expertise weiterhelfen.

Stephan Rudolf erwähnte noch den Zustand der Riedmoosstrasse. Der sich in der Gemeinde Köniz befindende Teil der Riedmoosstrasse wurde mit einem Kaltmicrobelag belegt. Der andere Teil der Riedmoosstrasse gehört der Stadt Bern. Schon länger besteht die Idee, vom Bauhauskreisel eine direkte Verbindung zu Riedmoosstrasse zu realisieren. Diese Verbindung befindet sich auf Berner Boden und für die Stadt Bern ist die Realisierung nicht vordringlich. Aus diesem Grund ist eine umfangreiche Sanierung der Riedmoosstrasse nicht vorgesehen.

Ich persönlich finde es sinnvoll, wenn Synergien genutzt und die Quartierstrassen gesamtsaniert werden. Ich bin überzeugt, dass eine nächste Sanierung bei so schwach befahrenen Quartierstrassen nicht bereits nach 20 bis 30 Jahren notwendig sein wird. Der Entscheid liegt bei Ihnen und wenn Sie der Meinung sind, dass die vorgesehenen Strassensanierungen "nice to have" sind, können Sie das Geschäft zurückweisen und das Geschäft wird in eine Wasserleitungs- und in eine Strassensanierung aufgesplittet.

Beschluss

Für den Wasserleitungersatz und die Strassenerneuerung in der Feldrainstrasse / Hubelweg / Talbrünnliweg wird ein Kredit von insgesamt CHF 1'330'000.00 zuzüglich Teuerung bewilligt. Der Kredit wird wie folgt der Investitionsrechnung belastet:

CHF 440'000.00 für den Ersatz der Wasserleitung zu Lasten der Investitionsrechnung Konto Nr. 5550.501.4218.

CHF 890'000.00 für die Strassenerneuerung zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 2420.501.0244.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

7. Sanierung Stadttheatergebäude Bern - finanzielle Unterstützung

Kredit; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Der Bericht und Antrag des Gemeinderats liegt Ihnen vor. Das Vorgehen: Zuerst spricht die GPK-Referentin, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss die Abstimmung.

GPK-Referentin Barbara Thür (GLP): Anstelle Stadttheater Bern könnte man auch sagen, Theater Region Bern, da ebenso viele Personen aus der Region Bern wie aus der Stadt Bern das Stadttheater besuchen. Die Gemeinde Köniz bezahlt jährlich wiederkehrende Beiträge – Subventionen – in der Höhe von 1,1 Millionen Franken an die fünf grossen kulturellen Institutionen der Region Bern. Gut 40 Prozent davon sind für das Stadttheatergebäude, das zu den schützenswerten historischen Baudenkmälern gezählt wird. Die letzte Sanierung war vor mehr als 30 Jahren. Die nächste soll nun jeweils im Sommer 2014 und 2015 erfolgen. Bei der Sanierung geht es um die Betriebssicherheit, den Erhalt der Bausubstanz, um Anpassungen an heutige Standards und nicht zuletzt auch um den Zuschauerkomfort. Es handelt sich nicht um ein Luxusprojekt, sondern vorwiegend um sehr dringliche und notwendige Sanierungen.

Das Kostendach liegt bei 45 Millionen Franken und das Projekt ist in drei Teilprojekte aufgeteilt. Das erste ist die mit 11,5 Millionen Franken veranschlagte Sanierung des Bühnenturms. Das zweite ist die Sanierung des Bühnenhinterhauses und des Schüttetrakts für 9 Millionen Franken und das dritte die Sanierung des Publikumsbereichs mit 10 Millionen Franken. Die Kosten waren im Vorprojekt 2009/2010 noch mit 53 Millionen Franken ausgewiesen, wurden dann aber auf 45 Millionen Franken redimensioniert. Die Kostenberechnungen sind durch die Abteilung Gemeindebauten in Köniz geprüft und werden als verhältnismässig betrachtet.

Wie viel sollen die Gemeinden der Regionalkonferenz Bern Mittelland (RKBM) nun an das Projekt bezahlen? Zuerst muss erwähnt werden, dass es sich dabei um freiwillige Beiträge der Regionsgemeinden handelt. Der Verteilschlüssel soll derselbe sein wie jener für die Subventionen des Betriebs, d. h. 11 Prozent oder rund 5 Millionen Franken der insgesamt 45 Millionen Franken sind durch die RKBM – zu der die Gemeinde Köniz gehört – zu übernehmen. Für die Gemeinde Köniz würde dies 863'000 Franken ausmachen. Dieser Betrag kommt wie folgt zustande: Erstens wurden die Gemeinden in verschiedene Zonen eingeteilt. In der Kernzone, zu welcher die Gemeinde Köniz gehört, sind die höchsten Beiträge zu entrichten. Zweitens wird die Anzahl Bewohner (Köniz hatte in den Jahren 2009 – 2011 einen Durchschnitt von 38'352 Einwohnern) mit einberechnet. Die Einwohnerzahl wird in der Kernzone mit dem Faktor 4 multipliziert und daraus berechnet sich die gewichtete Wohnbevölkerung. Diese Zahl wurde nochmals mit 5,73 Franken pro Einwohner multipliziert, was den für die Gemeinde Köniz relevanten Betrag von 863'000 Franken ergibt. Von den Regionsgemeinden stellt die Gemeinde Köniz gut einen Fünftel der Besucherinnen und Besucher des Stadttheaters; werden die Konzertbesucher miteingerechnet, ist es sogar fast ein Viertel. Gemäss diesen Zuschauerzahlen müsste die Gemeinde Köniz rein rechnerisch 1 bis 1,2 Millionen Franken entrichten, d. h. unsere Gemeinde kommt – verglichen mit anderen Gemeinden – relativ gut weg.

Der Gemeinderat möchte nicht, dass die Gemeinde Köniz einen Nachkredit mitfinanzieren soll, d. h. es werden maximal 863'000 Franken bezahlt. Er möchte auch, dass der Kredit nur dann ausbezahlt wird, wenn 14 der 21 Kernzonen-Gemeinden ihren Beitrag auch bezahlen. Hierzu kann erwähnt werden, dass einzelne Gemeinden ihren Kreditanteil bereits bewilligt haben.

Was geschieht, wenn der Kredit von 45 Millionen Franken nicht zustande kommt? Die Projektleitung müsste die Situation neu beurteilen. Da das Projekt bereits sehr redimensioniert ist, können keine grösseren Abstriche mehr vorgenommen werden. Abstriche wären aus betrieblicher Sicht am ehesten im Publikumsbereich – d. h. im Komfort – möglich. Das ist jener Bereich, der von den Steuerzahlern am ehesten wahrgenommen wird. Zusätzlich käme es zu einer Verzögerung des Projekts und weiteren Planungs- und Vorbereitungskosten.

Weshalb wird für die Renovation ein separater Kredit beantragt und dafür nicht Gelder bei den wiederkehrenden Kosten eingestellt? Ursprünglich war der Gemeinderat von Köniz von der Idee eines separaten Kredits nicht begeistert. Dazu können Sie im Protokoll der Sitzung vom 20. September 2010 Traktandum 5 lesen. Der Gemeinderat war der Meinung, dass die Sanierungskosten in die Subventionen einzuberechnen sind. Die Sachlage stellt sich wie folgt dar: Der Kanton, der zu Beginn 50 Prozent der Kosten bezahlt, möchte einen Teil der Kosten via Lotteriefonds finanziert haben. Der Lotteriefonds finanziert jedoch ausdrücklich keine wiederkehrenden Kosten an Gebäuden mit. Aus diesem Grund ist ein separater Kredit notwendig.

Im IAFP sind für die vorgesehene Sanierung in den Jahren 2014 und 2015 je 450'000 Franken eingestellt. Dies in der Rubrik "Objekte ausserhalb der Quote", weil das Objekt nicht in Gemeindebesitz ist und die Gemeinde keinen direkten Einfluss auf das Objekt hat. Die Finanzierung ausserhalb der Quote bedeutet aber auch, dass der Beitrag nicht an die 12 Millionen Franken Zielgrösse der Investitionen im Rahmen des steuerfinanzierten Haushalts angerechnet wird.

Das bedeutet, dass 2014 und 2015 allenfalls höhere Investitionen als 12 Millionen Franken möglich wären. In den letzten Jahren wurde die Quote von 12 Millionen Franken oft nicht ausgeschöpft, 2011 nur zu 84 Prozent und 2012 zu 93 Prozent.

Was passiert, wenn die Gemeinde Köniz nichts bezahlt? Das wäre ein schlechtes Signal für andere Gemeinden, vor allem für jene mit tieferen Besucherzahlen. Die Gemeinde Köniz ist Standortgemeinde der Vidmarhallen, die Teil von Konzert Theater Bern sind. Immerhin finden ein Viertel der Theatervorstellungen in den Vidmarhallen statt. Auch in dieser Hinsicht wäre eine Ablehnung kein gutes Zeichen.

In der GPK wurde diskutiert, ob eine Sanierung überhaupt notwendig ist. Eine Sanierung ist für alle GPK-Mitglieder dringend notwendig und nachvollziehbar. Es stellt sich die Frage, ob so viel Geld für so wenige Theaterbesuchende ausgegeben werden soll. Hier muss darauf hingewiesen werden, dass auch für andere Objekte ausserhalb der Quote im gleichen oder sogar grösseren Umfang in letzter Zeit Finanzierungen gesprochen worden sind; z. B. für das RAZ, für die Ballsporthalle Weissenstein oder die Kunsteisbahn Schwarzwasser. Auch damit werden jeweils nur bestimmte Kundensegmente angesprochen.

Die GPK empfiehlt dem Parlament über den Antrag des Gemeinderats wie folgt abzustimmen:

Zu Ziffer 1: Mit 6 : 1 Stimmen, den Kredit von 863'000 Franken zu genehmigen.

Zu Ziffer 2: Mit 7 : 0 Stimmen, dass sich der beschlossene Kredit als Maximalbeitrag versteht.

Zu Ziffer 3: Mit 5 : 2 Stimmen, dass die Gemeinde Köniz nur dann bezahlt, wenn mindestens zwei Drittel der anderen Gemeinden in der Kernzone auch bezahlen.

Ich gebe hier gleich noch die Haltung der CVP/EVP/GLP-Fraktion bekannt: Unsere Fraktion findet, man ist entweder für das Fortbestehen des Stadttheaters, dann ist ein Ja zwingend oder man fordert konsequenterweise den Verzicht auf diese Art Kultur. Ein Dazwischen gibt es aus unserer Sicht nicht. Für uns wäre es unverständlich, wenn die Gemeinde Köniz – als Gemeinde die sich in der Region einbringen will, als Standortgemeinde der Vidmarhallen, als Gemeinde die jene Art von Einwohnenden hat, die das Theater wirklich besuchen – hier nicht mithelfen würde.

Durch die Renovation entsteht mehr Flexibilität und dadurch kann ein breiteres Angebot, z. B. für Konzerte für Junge, gefahren und somit ein breiteres Kundensegment bearbeitet werden. Durch die Renovation wird effizienteres Arbeiten möglich sein, was ganz im Sinne unserer Fraktion ist. Zudem sind das Schloss Köniz und Be-Jazz in die Short List der regional bedeutenden Kulturinstitutionen aufgenommen worden. Es könnte also sein, dass die Gemeinde Köniz dereinst von den Geldern der Region profitiert.

Grundsätzlich stimmen wir den Ziffern 1 und 2 gemäss dem Antrag des Gemeinderats zu. In Ziffer 3 sind wir uns nicht ganz einig. Ein leichter Druck auf die anderen Gemeinden scheint uns gut zu sein und die Solidarität unter den Gemeinden scheint uns wichtig. Die Unterstützung von mindestens 14 anderen Kerngemeinden sollte aber nicht allein ausschlaggebend sein.

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP): Über einen Kredit abzustimmen, der sich als freiwilliger Maximalbetrag versteht, ist in unserem Parlament eine Rarität. Ob die Freiwilligkeit Druck aufbaut oder abbaut, wird man sehen. Man erhofft – trotz der Freiwilligkeit – immerhin 5 Millionen Franken, die von den Gemeinden in Richtung Stadttheater fließen sollen und dies trotz den bereits jährlichen Subventionen im Kulturbereich, die auch unsere Gemeinde leistet. Zudem sind zumindest die Agglomerationsgemeinden in der Regel Nettozahler in den kantonalen Finanzausgleich. Trotz allem ist eines glasklar: Die Sanierung des Stadttheatergebäudes ist dringend notwendig. Anlässlich einer Führung, an welcher ich teilgenommen habe, wurde klar, dass eine Sanierung bitter nötig ist. Der Beitrag für die Renovation ist in unserer Fraktion deshalb unbestritten. Mehr zu diskutieren haben die Gründe gegeben, weshalb so lange nicht renoviert worden ist und wer für die Vernachlässigung der Infrastruktur schlussendlich verantwortlich sein soll. Das schöne historische Gebäude muss erhalten bleiben und renoviert werden. Es stellen sich folgende Fragen: Wieso hat die Eigentümerin – die Stadt Bern – nicht früher eingegriffen? Hat die Stadt Bern ihre Hausaufgaben nicht erledigt? Was decken die Gemeinden mit ihren jährlichen Kulturbeiträgen eigentlich ab? Wurde genügend Unternehmenssponsoring betrieben? Wieso wurden keine entsprechenden Rückstellungen vorgenommen?

Alexander Tschäppät, Gemeindepräsident von Bern, hat anlässlich eines Referats am 2. November 2012 Folgendes festgehalten: "Es ist zudem auch nicht üblich, im Kanton Bern Rückstellungen für Totalsanierungen von öffentlichen Gebäuden zu machen und eigentlich ist das auch richtig so. Das gibt uns und dem Volk Gelegenheit, alle 30 Jahre darüber zu diskutieren, wie wir zu diesem Theater stehen und wie es die nächsten 30 Jahre aussehen soll."

Eine Diskussion über den Sinn von Kultureinrichtungen und deren Finanzierung zu starten, macht beim Sanierungsgeschäft jetzt keinen Sinn. Die Bundeshauptstadt Bern soll sich ein Theater leisten können. Ein Theater war schon immer ein Wahrzeichen einer bedeutungsvollen Stadt. Das Theater wird besucht, auch von vielen Könizerinnen und Könizern. Wie viel Kultur braucht die Stadt? Nur so viel wie sie sich selber leisten kann, ohne Finanzplanung mit Blick nach vorne? Ohne Rückstellungen für den Unterhalt und Renovationen stehen wir in etwa 30 Jahren wieder hier. Über diese Punkte sagt die Vorlage nichts aus. Es wird nur aufgezeigt, wie viel pro Gemeinde bezahlt werden sollte. Der Verteilschlüssel scheint uns korrekt. Also herrscht die Hoffnung, dass auch wirklich alle bezahlen. Alexander Tschäppät sagte noch Folgendes: "Was es jetzt braucht, ist Überzeugungsarbeit."¹

Kommen wir zurück zur Kernfrage, zur freiwilligen – sagen wir einmal – Spende für das Stadttheater: Die FDP-Fraktion wird trotz den erwähnten Punkten einstimmig dem Antrag des Gemeinderats zustimmen. Aber nur dann, wenn mindestens 14 andere Gemeinden der Kernzone dies auch tun. Die Solidarität unter den Gemeinden ist unserer Fraktion sehr wichtig.

Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne): Die Fraktion der Grünen wird dem Sanierungskredit für das Stadttheater Bern zustimmen. Man kann für oder gegen das Stadttheater sein, man kann Nutzer sein oder nicht; klar ist, dass das Stadttheater einen wichtigen Teil der bernischen Kultur ausmacht. Die Sanierung ist sicher notwendig. Die Gemeinde Köniz wird lediglich 2 Prozent der Kosten tragen, stellt aber weitaus mehr Besuchende; profitiert also mehr als sie bezahlt. Ich selber hätte einen Neubau einer Sanierung des neoklassizistischen Gebäudes vorgezogen. In vielen Dimensionen wäre so ein besserer Bau möglich, sei es energetisch, architektonisch, aber auch für die Schauspielenden und die Besuchenden. Hier zeigt sich ein Nachteil des politischen Prozesses in welchem wir uns befinden: Wir können nur bezahlen, aber nichts dazu sagen. Vor lauter Kultur darf die Energie aber nicht vergessen werden. Kein Gebäudekredit ohne GEAK, auch wenn es sich, wie in diesem Fall, voraussichtlich um ein Z handeln sollte. Zu den Anträgen: Den Ziffern 1 und 2 stimmen wir gemäss Antrag des Gemeinderats zu. Ziffer 3 werden wir ablehnen. Wir sind der Meinung, dass die Gemeinde Köniz besonders vom Stadttheater profitiert und auch dann bezahlen soll, wenn dies andere Gemeinden nicht tun.

Fraktionssprecher Martin Graber (SP): Alle, die an der Führung durch die Eingeweide des Stadttheaters teilgenommen haben, können bestätigen, dass die Sanierung nicht nur notwendig, sondern überfällig ist. Wir konnten uns davon überzeugen, dass die Sanierung gut geplant wird. Die drei Teilprojekte machen Sinn und minimieren die Gefahr von finanziellen Überraschungen. Im Stadttheater arbeiten 550 Personen, mehr als bei der Gemeindverwaltung Köniz. Die wenigsten davon bekommen wir als Zuschauende je zu sehen. Auf der Bühne steht nur ein Bruchteil der Angestellten. Diese 550 Mitarbeitenden arbeiten unter zum Teil pitoyablen Bedingungen. Aus Sicherheitsgründen sind Teile der Anlage gesperrt oder nur eingeschränkt nutzbar. Für das Stadttheater ist dieser Zustand schlicht unhaltbar; zu vergleichen wie wenn der Bärenpark keine Bären mehr zeigen dürfte oder auf dem Gurten die Wiese nicht mehr betreten werden dürfte. Wenn wir heute zum Beitrag an die Sanierung des Stadttheaters ja sagen, sagen wir ja zur Kultur in unserer Region. Bern, die Hauptstadt der Schweiz, braucht ein Stadttheater, das diesen Namen auch verdient. Ein Stadttheater, das die Bedingungen auch erfüllt, damit auch weiterhin gute Produktionen gezeigt werden können. Bern ist nicht irgendein Provinznest in der Pampa, sondern die Hauptstadt der Schweiz und soll dies auch bleiben. Zur Hauptstadt gehört nun einmal ein Stadttheater. Köniz ist nicht Bern und wir wollen auch keine Stadt sein; wir sind aber auch nicht irgendeine Gemeinde im Kanton Bern, sondern mit der Stadt zu einem grossen Teil zusammengewachsen. Nicht im Riedbach, aber z. B. bei den Vidmarhallen. Wenn das Stadttheater in den Vidmarhallen tolle Aufführungen abhält, finden diese in der Gemeinde Köniz statt. Wenn die Stadt Bern zu ihrem Beitrag an die Sanierung ja sagt, bezahlt sie pro Einwohner mehr als fünfmal so viel wie die Gemeinde Köniz. Aus der Gemeinde Köniz besuchen 7 Prozent der Einwohnenden² das Stadttheater. Vom Gemeindebetrag in der Höhe von 22 Millionen Franken bezahlt unsere Gemeinde lediglich 3,8 Prozent.

Aus diesem Grund ist die SP-Fraktion dezidiert der Meinung, dass sich die Gemeinde Köniz an der Sanierung des Stadttheaters finanziell beteiligen muss. Wir sind auch der Meinung, dass dies in jedem Fall zu leisten ist, auch dann, wenn sich mehr als ein Drittel der Kerngemeinden gegen die Entrichtung ihres Beitrags aussprechen würde.

Die kleinsten acht Gemeinden im Kernperimeter haben zwischen 500 (Allmendingen) und 4'000 (Kehrsatz) Einwohnende. Zusammen sind es 20'000 Personen.

¹ An dieser Stelle wurde bei der Genehmigung des Protokolls eine Ergänzung verlangt.

² An dieser Stelle wurde bei der Genehmigung des Protokolls eine Änderung verlangt.

Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Gemeinde Köniz ihre Zusage nicht von diesen Gemeinden abhängig machen sollte und werden deshalb Ziffer 3 nicht zustimmen.

Zur Kultur allgemein: Die meisten kennen das Kochbuch "Tip-Topf", das an den Schulen abgegeben wird. Es handelt sich um eine Sammlung von unzähligen Rezepten. Im letzten Teil des Buches ist aufgeführt, dass es von allem etwas braucht: Getränke, Früchte und Gemüse, Kartoffeln und Getreide, Milchprodukte, Eiweiss, Fett und Öl und nicht zu vergessen, Desserts. Bei der Kultur ist es dasselbe, denn Kultur ist Nahrung für den Geist. Auch Kultur muss vielfältig sein, es braucht einen Mix. Das Kochbuch Tip-Topf ist keine Kampfschrift Broccoli gegen Tiramisu oder Rindsmedaillons gegen Nüsslersalat. Genau ist es bei der Kunst: Kultur muss vielfältig sein, es braucht Aufführungen im Stadttheater genauso wie im Saalbau Gasel. Opern im Stadttheater haben ihre Berechtigung genauso wie Konzerte von Musikgesellschaften oder Veranstaltungen im Kulturhof. Kultur ist breit und muss breit unterstützt werden. Dazu gehört auch das Stadttheater. Eine Gesellschaft, die Kultur nicht pflegt, bringt sich selber nicht mehr weiter.

Ich bitte Sie, dem Kredit zuzustimmen.

Fraktionssprecher Ueli Witschi (BDP): Kann man überhaupt dagegen sein? Das fragte sich die BDP-Fraktion. Es wäre falsch, wenn man nun mit Philosophieren über Kultur und was gefördert werden soll und was nicht, beginnen würde. Falsch wäre auch, wenn man sich anlässlich der Sanierung überlegt, ob man ein Stadttheater will oder nicht. Angesichts der Bedeutung dieses Hauses für die Region Bern und der Tradition kann man unter dem Strich nichts dagegen haben.

Aus diesem Grund wird die BDP-Fraktion dem Kredit gemäss Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Die Mittel dafür sind im Finanzplan eingestellt, dieser Umstand ist uns wichtig. Der ausgearbeitete Verteilschlüssel ist aus unserer Sicht richtig.

Wir merken hier einen Punkt an: Unsere Fraktion erwartet in Bezug auf Rückstellungen für Sanierungen etwas mehr betriebswirtschaftliches Denken der Kulturanbietenden. Wir sprechen hier von einem Budget in der Höhe von 35 Millionen Franken. Für die notwendigen Sanierungen und Erneuerungen sollten laufend Mittel geöfnet werden. Das würde dazu führen, dass Sanierungen nicht erst angegangen werden, wenn sie bereits überfällig sind. Die Vorstellung, dass jemand von ausserhalb kommt und ausserhalb jeden Budgets die Hand öfnet, ist für uns gewohnungsbedürftig.

Gedanken haben wir uns auch über die Frage der Solidarität mit den anderen Gemeinden gemacht. 7 Prozent der Besuchenden des Stadttheaters kommen aus der Gemeinde Köniz, wurde angeführt. Das Haus gehört nicht nur uns, sondern der Region und ich denke, der Entscheid sollte zusammen mit der Region gefällt werden. Man soll den Mut haben, von der Region Solidarität einzufordern. Alle Regionsgemeinden haben in der Regionalkonferenz in der Teilkonferenz Kultur mitgemacht. Wir sind klar der Meinung, dass der Ziffer 3 gemäss Antrag des Gemeinderats zuzustimmen ist.

Wir stellen den Antrag, das Abstimmungsprozedere wie folgt zu ändern: Zuerst soll über die Solidaritätsklausel Ziffer 3 abgestimmt werden, danach erfolgt die Abstimmung über Ziffern 1 und 2.

Wir sollten heute Abend zwei Zeichen setzen: A), dass wir dem Kredit zustimmen und damit bezeugen, dass wir das Stadttheater wollen. B), dass die anderen aber dazu mithelfen sollen.

Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP): Ich muss Sie enttäuschen. Offenbar ist die SVP-Fraktion die einzige, die dem Sanierungskredit nicht zustimmen wird und dies einstimmig. Damit sind wir aber nicht kulturfeindlich und auch keine Hinderwäldler. Das persönliche Engagement in Sachen Kultur ist in der SVP-Fraktion sehr hoch, aber nicht auf der Bühne des Stadttheaters, sondern eher bei den diversen Chören, Musikgesellschaften und Theatergruppen in der Gemeinde Köniz. Ich selber habe in mehr als 20 Theaterstücken mitgespielt. Auch das Schloss Köniz ist in der Gemeinde Köniz eine wichtige Institution und dort steht noch einiges bevor.

Ich begründe die ablehnende Haltung der SVP-Fraktion: Zuerst nenne ich die Situation in der oberen Gemeinde, wo alle grossen Veranstaltungen mangels Alternative zurzeit in der Mehrzweckhalle Oberbalm stattfinden, einer Gemeinde mit weniger als 1'000 Einwohnenden, die jedoch über ein entsprechendes Angebot verfügt. Mich als Könizer Bürger ärgert dieser Umstand. Mit einem Teil des Kredits für das Stadttheater liesse sich in der Aula Niederscherli sicher etwas realisieren. Der zweite Grund ist die Situation im Schloss Köniz.

Unbestritten ist der grosse Sanierungsbedarf auf diesem Areal. Geschätzt werden die Kosten auf ungefähr 25 Millionen Franken, eine Summe die die Gemeinde Köniz nicht allein aufbringen kann.

Mit der Motion 0937 wird übrigens "Ein 'Haus der Musik' für die Gemeinde Köniz" gefordert. Bis anhin ist die Kulturförderung eine Einbahnförderung. Die Mittel fliessen fast ausschliesslich in die Stadt Bern und kommen dort nur ausgewählten Institutionen zugute, darunter auch dem Stadttheater. Der ehemalige SP-Parlamentarier Alfred Arm nannte diese Institutionen anlässlich einer Parlamentsdebatte "die bourgeoisen Musentempel". Die Gemeinde Köniz bezahlt in die Kulturförderung 1,08 Millionen Franken pro Jahr. Für die Förderung der Könizer Kultur bleibt wenig Spielraum.

Würde die Sanierung des Schlossareals Köniz ähnlich gefördert und läge das uns schwarz auf weiss vor, könnte die SVP-Fraktion über die Zustimmung zum vorliegenden Kredit diskutieren. Mit dem Rossstall wurde im Schlossareal eine Etappe umgesetzt, allerdings vollständig durch private Sponsoren. Alles andere liegt noch in der Luft. Die Mittel könnten hier sinnvoll eingesetzt werden. Es besteht noch ein betriebswirtschaftlicher Aspekt: Das Stadttheater kann ohne öffentliche Mittel nicht funktionieren. Jedes Billett ist durch den Steuerzahler um ein Mehrfaches des Eintrittspreises subventioniert. Wenn es aber in 30 Jahren nicht gelingt, die notwendigen Abschreibungen oder den notwendigen Mietzins zu verlangen, damit Mittel für die Sanierung vorhanden sind, hat man die Hausaufgaben nur zum Teil erledigt. Das können wir nicht unterstützen, denn hier sprechen wir über freiwillige Ausgaben.

Bernhard Bichsel (FDP): Ich greife ein Argument auf: "Die Gemeinde Köniz nützt das Stadttheater mehr als sie bezahlt." Diese Aussage stimmt so nicht. Die Gemeinde Köniz ist Nettozahlerin in den Lastenausgleich und aus meiner Sicht ist es nicht richtig, wenn hier immer wieder betont wird, dass Köniz vom Stadttheater profitiert. Die Gemeinde Köniz bezahlt viel, unter anderem einen grossen Anteil an die Zentrumslasten. Für viele unserer Dienstleistungen erhält die Gemeinde Köniz kein Geld, so z. B. in Bezug auf die Regionalbibliotheken, wo die Stadt Bern Mittel aus dem entsprechenden Topf erhält, die Gemeinde Köniz jedoch nicht. Das ist bei den Subventionen jeweils zu berücksichtigen. Hier darf die Könizer Bevölkerung mit Stolz sagen, dass sie mehr bezahlt als sie bezieht.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich danke der GPK-Referentin Barbara Thür für die sorgfältige Prüfung des Geschäfts und für ihre Präsentation. Dazu gibt es nur wenig anzufügen. Ich bin froh, dass die Stimmung über das Ganze betrachtet, positiv ist. Ich halte zwei Punkte fest: Erstens ist das Stadttheater Bern – das zeigen die Zuschauerzahlen – auch ein Theater für die Könizerinnen und Könizer. Wie genau es sich mit den Nettozahlungen verhält, Bernhard Bichsel, können wir bilateral analysieren. Die Zentrumslasten werden, wenn mich nicht alles täuscht, inzwischen vom Kanton bezahlt und nicht mehr von den Gemeinden. Das Stadttheater Bern ist eindeutig ein Theater für die ganze Region Bern und insbesondere für die Könizerinnen und Könizer, die dieses überdurchschnittlich viel besuchen. Das muss beachtet werden. Zweitens legen wir mit dem freiwilligen Beitrag ein Bekenntnis ab für ein zeitgemässes kulturelles Angebot, das ein wichtiger Baustein für die Standortattraktivität für die ganze Region Bern ist. Zur Standortattraktivität der Region gehört vieles, auch ein Kulturangebot wie jenes von Konzert Theater Bern, insbesondere mit dem Haupthaus Stadttheater. Wenn die Bundeshauptstadt dieses Angebot nicht mehr aufrechterhalten kann, muss festgestellt werden, dass etwas nicht gut läuft.

Die Sanierung ist dringend notwendig. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, seinem Antrag zuzustimmen. Die Gemeinde Köniz kann es sich, als grösste Agglomerationsgemeinde die selber eine zweite Spielstätte auf ihrem Gemeindeboden hat, schlicht nicht leisten hier abseits zu stehen. Ich halte hier ergänzend fest, dass durch die Sanierung des Stadttheaters am Kornhausplatz der Standort Vidmarhallen in keiner Art und Weise gefährdet ist. Die Theaterleitung bestätigte mir, dass sie in der Zukunft am Standort Vidmarhallen festhalten und ihn – sofern möglich – noch ausbauen will.

Einige Votanten haben sich dahingehend geäussert, dass es gut gewesen wäre, wenn das Stadttheater für die Sanierung Rückstellungen vorgenommen hätte. Diese Überlegung ist grundsätzlich nicht abwegig, auch der Gemeinderat von Köniz führte solche im Rahmen einer Vernehmlassung ins Feld. Man muss sich bewusst sein, dass in den jetzt laufenden Leistungsverträgen für den Unterhalt der Gebäude 1,7 Millionen Franken enthalten sind. Hier wurde nicht kalkuliert, wie viel für die Bildung von Rückstellungen für von Zeit zu Zeit notwendige Totalsanierungen notwendig wäre. Der Leistungsvertrag für die Gemeinde Köniz wäre somit entsprechend teurer geworden. Die Erklärung für den Verzicht auf die Bildung von Rückstellungen brachte Barbara Thür an:

Der Kanton will das nicht, weil er zur Entlastung des Steuerhaushalts des Kantons Bern – letztlich auch unser Geld – eine Totalsanierung zu einem grossen Teil über den Lotteriefonds bezahlen lassen will. Der Lotteriefonds übernimmt keine wiederkehrenden Beiträge.

Diese Überlegung ist so abwegig nicht, denn in unserer Gemeinde werden für die Totalsanierung von Schulanlagen auch keine Rückstellungen vorgenommen.

Gemäss den bisherigen Voten scheint Ziffer 3, die Solidaritätsklausel, umstritten zu sein. Der Antrag des Gemeinderats will, dass dem Kreditbeschluss nur dann zugestimmt wird, wenn mindestens zwei Drittel der Gemeinden des Perimeters K sich an der Sanierung beteiligen. Diese Solidaritätsklausel ist richtig. Damit wollen wir ein Signal an die anderen Gemeinden der Kernzone aussenden und sie animieren, ebenfalls mitzutun. Der Entscheid dazu liegt bei Ihnen. Wenn Sie Ziffer 3 ablehnen, kann ich damit leben. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, Ziffer 3 zuzustimmen.

Zu einzelnen Voten, soweit ich noch nicht Stellung genommen habe: Jan Remund sagte, dass er die Realisierung eines Neubaus einer Renovation vorgezogen hätte. Die Realisierung eines Neubaus wurde in einer frühen Phase bereits geprüft, wäre jedoch – ich lasse mich nicht auf den Faktor behaften – drei- bis viermal so teuer zu stehen gekommen als die nun vorgesehene Sanierung. Wo hätte man ausserdem einen solch prominenten Standort für das neue Gebäude gefunden? Dieser Weg wurde aus sehr guten und vernünftigen Gründen nicht weiter verfolgt.

Ich respektiere die Meinung der SVP-Fraktion, die sich gegen den Kredit aussprechen wird. Ich persönlich bin pointiert der Auffassung, dass die verschiedenen Kulturrichtungen nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Der Umstand, dass in Niederscherli kein grosser Saal mehr zur Verfügung steht, ist sehr bedauerlich; es handelte sich jedoch um einen privaten Entscheid. Ich erinnere an den von Stefan Lehmann erwähnten Vorstoss 0937 "Ein 'Haus der Musik' für die Gemeinde Köniz". Wenn uns die Realisierung dieses Hauses gelingt, würde es im historischen Herz der Gemeinde Köniz, im Schlossareal möglich sein, dass alle – auch die Vereine und Kulturinstitutionen aus der oberen Gemeinde – hier die entsprechende Infrastruktur für Proben finden werden. Ich respektiere, dass die SVP-Fraktion aus ihrer Sicht kein Interesse sieht, hier mitzutun.

Zur Bemerkung von Bernhard Bichsel in Bezug auf die Zentrumslasten habe ich meinen Vorbehalt angebracht.

Insgesamt danke ich sehr für die positive Aufnahme des Geschäfts. Die Gemeinde Köniz setzt hier ein wichtiges Zeichen. Wenn wir mit unserem – zugegebenermassen freiwilligen und zugegebenermassen hohen – Beitrag abseits stehen würden, sähe es für die Sanierung des Stadttheaters schlecht aus.

Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Hugo Staub (SP): Ich beantrage einen kurzen Sitzungsunterbruch, da sich die SP-Fraktion zum Antrag zu Ziffer 3 noch absprechen will.

Da mehr als 10 Parlamentsmitglieder zustimmen, wird die Parlamentssitzung für 5 Minuten unterbrochen.

Martin Graber (SP): Wie vorhin erwähnt, ist der Beitrag an die Sanierung des Stadttheaters für die SP-Fraktion sehr wichtig. Er ist uns viel wichtiger als die Solidaritätsklausel in Ziffer 3. Wir hegen Sympathie für die Meinung, dass alle an die Sanierung bezahlen sollen. Wir verstehen auch das Votum von Bernhard Bichsel, dass die Region sowieso einen Grossteil an den Kanton bezahlt. Wir sind einer der Motoren des Kantons. Uns ist das Stadttheater sehr wichtig und wir sind der Meinung, dass die Hauptstadt der Schweiz ein Stadttheater haben muss, sonst könnte das Bundeshaus auch nach Zürich abgegeben werden. Aus diesem Grund werden wir nach geführter Fraktionsdiskussion der Ziffer 3 zustimmen.

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Ich gebe das Abstimmungsprozedere bekannt: Zuerst stimmen wir über Ziffer 3 ab, unter Vorbehalt der Annahme von Ziffer 1. Danach stimmen wir über die Ziffern 1 und 2 ab.

Beschluss

Das Parlament stimmt dem Abstimmungs-Vorgehen gemäss dem Vorschlag der Parlamentspräsidentin grossmehrheitlich zu.

Beschluss

3. Der Kreditbeschluss steht unter dem Vorbehalt, dass sich zwei Drittel der Gemeinden des Perimeters K (Kernzone) der Regionalkonferenz Bern-Mittelland an der Sanierung des Stadttheatergebäudes beteiligen.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

Beschluss

1. Als Beitrag an die Sanierung des Stadttheatergebäudes wird ein Kredit von Fr. 863'300.00 zu Lasten des Kontos 1400.504.0801 bewilligt.
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)
-

Beschluss

2. Der beschlossene Kredit versteht sich als freiwilliger Maximalbeitrag.
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)
-

8. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind neu eingereicht worden:

- 1302 Motion (SP Köniz) "Köniz nachhaltig: gemeinnützig bauen im Bütschliacker!", die Dringlichkeit wurde vom Parlamentsbüro nicht gewährt.
1303 Anfrage (EVP, CVP, GLP) "Tram Region Bern - sachliche Argumente für und wider den Könizer Ast"
1304 Interpellation (SP Köniz) "Wie werden Synergien bei kombinierten Werkleitungs- und Strassenprojekten im Kostenteiler berücksichtigt?"
1305 Interpellation (SP Köniz) "Handyverbot in Könizer Schulen - noch zeitgemäss?"
1306 Motion (SP Köniz) "Rahmenkredit für den Erwerb von Liegenschaften - auch für gemeinnützigen Wohnungsbau"

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Wir laden Sie mit dem auf Ihren Pulten liegenden Flyer herzlich ein, am Samstag, 23. März 2013 von 10.00 bis 14.00 Uhr unseren neuen Abwasserkanal und das Regenüberlaufbecken im Weyergut Wabern zu besichtigen. Dieses Projekt ist eines aus der Generellen Entwässerungsplanung untere Gemeinde, wozu sie einen Rahmenkredit bewilligt haben. Es handelt sich um einer der letzten interessanten Entwässerungsprojekten der Gemeinde Köniz.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich beantworte die Frage von Christian Burren aus der letzten Parlamentssitzung, weshalb die S6 Bern – Schwarzenburg oft mit Verspätung in Bern ankommt und somit Anschlussverbindungen verpasst werden. Eine Nachfrage bei der BLS wurde wie folgt beantwortet: Für Verspätungen sind drei Faktoren möglich: Störungen, Witterungsverhältnisse, aber auch Fahrgastwechsel. Wenn viele Fahrgäste bei den Stationen ein- und aussteigen, können Verspätungen entstehen. Die Strecke nach Schwarzenburg ist einspurig. Im Bahnhof Köniz ist eine Kreuzungsmöglichkeit vorhanden, eine andere – jedoch nur bei grossen Verspätungen – beim ehemaligen Bahnhof Fischermätteli. Richtig ist, dass die Bahn von Schwarzenburg herkommend in Köniz auf jenen aus Bern warten muss. Die BLS hält fest, dass vom 1. Januar 2013 bis 24. Februar 2013 96 Prozent der Kurse weniger als drei Minuten Verspätung hatten. Je nach Verbindung können aber genau diese drei Minuten schuld daran sein, dass auf eine spätere Verbindung gewartet werden muss. Die BLS hofft, dass mit dem Einsatz der Doppelstockkomposition, dem sich teilweise bereits im Einsatz befindenden sogenannten Mutz, vor allem die Verspätungen durch hohe Fahrgastwechsel verhindert werden können, weil mehr Personen schneller ein- und aussteigen können. Ab 2014 werden auf der S6 durchgehend Doppelstockkompositionen fahren.

Die Motion 1218 "Bushaltestelle Mösliweg" wurde am 12. November 2012 eingereicht. Im April werden wir mit der Belagssanierung auf der Landorfstrasse starten. Die Motion wird aber erst Ende April im Parlament beraten. Damit Sie nicht den Eindruck haben, dass wir über die Motion hinweggehen, folgende Information: Die Belagssanierung erfolgt bis kurz vor die beiden zurzeit in Diskussion stehenden Bushaltestellen, zu welchen Einsprachen beim Regierungsratthalter zum Entscheid vorliegen. Die Angelegenheit wurde mit der Fachstelle Recht abgesprochen. Die Sanierung der Wasserleitung ist bereits erfolgt, die Belagssanierung wurde schon um ein Jahr hinausgezögert, ist nun aber dringend notwendig, weil die Gräben zurzeit nur oberflächlich geschlossen sind, da man davon ausging, dass die Belagssanierung baldmöglichst erfolgen wird.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Eine erfreuliche Meldung: Aufgrund von Gesprächen wurde für die Probleme des FC Wabern, der nicht auf einem grossen Feld trainieren kann, nun eine Lösung gefunden. Das vom FC Wabern eingereichte Gesuch beim Gymnasium Lerbermatt wurde positiv beantwortet.

Der FC Wabern darf in Zukunft jeweils am Dienstag- und Donnerstagabend auf den grossen Rasenfeld trainieren. In einem Pilotversuch wird geprüft, wie sich die Sache entwickelt und wie der Rasen aussehen wird. Allenfalls muss geprüft werden, inwieweit sich der FC Wabern an allfälligen Rasensanierungen beteiligen könnte.

Hanspeter Kohler (FDP): Eine kleine Frage zu einem grossen Inserat: In der Tagespresse fand ich folgendes einseitiges Inserat: "Gemeinde Köniz – Liebefeld – Schliern" und darunter mehrere Inserate von Betrieben der Gemeinde Köniz. Von Bürgern aus Wabern und Niederwangen wurde ich darauf angesprochen, ob die Gemeinde Köniz nur noch aus den Ortschaften Köniz, Liebefeld und Schliern besteht. Auch mich störte dies. Hat die Gemeinde irgendwie mit diesem Inserat zu tun? Hat der Gemeinderat für dieses Inserat einmal ein "Gut zum Druck" gegeben? Wurde dieses Inserat durch Espace Media selber definiert? Ich bitte um eine Antwort.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich kann hier nur eine provisorische Antwort geben. Auch mich ärgerte dieses Inserat. Das wurde mit mir nicht abgestimmt und meines Wissens auch mit sonst niemandem, insbesondere nicht mit der Fachstelle Kommunikation. Zur Sicherheit werde ich dem nachgehen. Ich teile jedoch die Auffassung von Hanspeter Kohler, dass dieses Inserat irritierend ist.

Bernhard Bichsel (FDP): Gemeindepräsident Luc Mentha hat Recht: Die finanziellen Zentrumslasten bezahlt der Kanton. Ich betone hier aber nochmals: Die Gemeinde Köniz ist Nettozahlerin in den Lastenausgleich.

Ich stehe jedoch aus einem anderen Grund hier vorne: Als ich 2004 meine Parlamentstätigkeit aufnahm, bestand noch ein Verbot für das Einreichen von Vorstössen knapp vor den Gemeindevahlen. Damals wurde auf die Motion 0528 (Deuber/SP) "Vorstossembargo", d. h. auf die Aufhebung des Verbots eingetreten. Ich habe der Aufhebung damals nach langem Hin Her zugestimmt. Man versicherte mir, in Wahljahren werden zukünftig nicht zu viele Vorstösse eingereicht. Dieser Entscheid liegt nun bereits einige Jahre zurück, aber ich rufe in Erinnerung, darauf zu achten, dass in Wahljahren nicht allzu viele Vorstösse eingereicht werden. Denken Sie auch an die Verwaltung, die für solche Vorstösse jeweils viel Arbeit leisten muss. Viele der Vorstösse wären unter Umständen, nach einem klärenden bilateralen Gespräch mit der Verwaltung, obsolet.

Hermann Gysel (EVP): Ich erinnere Bernhard Bichsel daran, dass dieses Vorstossembargo jeweils ein halbes Jahr vor den Wahlen Gültigkeit hatte.

Ich stelle einen Antrag an unsere Parlamentssekretärin: Vielleicht wäre es möglich, eine Art Zirkulationsblatt zu kreieren, das dann jeweils den sich in Zirkulation befindenden Vorstössen angeheftet werden könnte. Damit müssen die Einreichenden nicht während der Sitzung prüfen, ob der Vorstoss nun von allen gelesen werden konnte. Auf dem Zirkulationsblatt könnte beim jeweiligen Namen mittels eines Häkchens mitgeteilt werden, dass der Vorstoss gelesen worden ist.

Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten: Wir nehmen diesen logistischen Vorschlag gerne entgegen. Ich halte hier aber fest, dass es Sache der Parteien ist, Vorstösse einzureichen und für die Logistik während der Sitzung verantwortlich zu sein.

Ich schliesse die Sitzung und wünsche Ihnen allen schöne Ostertage. Wir sehen uns an der nächsten Parlamentssitzung vom 29. April 2013.

Im Namen des Parlaments

Erica Kobel-Itten
Parlamentspräsidentin

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament